

Senioren Kurier

Mitteilungsblatt des Landesseniorenbeirats Mecklenburg-Vorpommern e. V.
30. Jahrgang | Nr. 1 / 2025

Das 13. Altenparlament in Mecklenburg-Vorpommern

Wir wollen gehört und ernst genommen werden



Brigitte Seifert, Joachim Kießling (v. l.) und Martin Birkholz (re.) übernehmen von Sozialministerin Stefanie Drese (m.) und Elke-Annette Schmidt das Präsidium

Eine alternde Gesellschaft birgt auch Chancen. Ältere Menschen stellen in erster Linie nicht ein gesellschaftliches Problem, sondern vielmehr ein Potenzial dar, das hat auch das 13. Altenparlament in Mecklenburg-Vorpommern im November 2024 im Schweriner Plenarsaal des Landtages gezeigt. Mit den Beschlüssen und Diskussionen wurde deutlich, dass ältere Menschen gehört werden und mitentscheiden

wollen. Wünsche und Ziele haben sie selbstbewusst formuliert. Das von der Landtagspräsidentin im September 2023 berufene Organisationskomitee, in dem 12 Vertreter von Vereinen, Verbänden und Institutionen vertreten waren, hat in Arbeitsgruppen drei Leitansträge und eine Resolution zu folgenden Themen erarbeitet:

Fortsetzung auf Seite 2

**Liebe Vereinsmitglieder,
sehr geehrte Leser des
„Seniorenkuriers“,**

am 23. Februar gaben auch die Bürgerinnen und Bürger ihre Stimme zur Bundestagswahl ab. Die Seniorinnen und Senioren in Mecklenburg-Vorpommern haben klare Erwartungen und Forderungen an die künftige Politik, u. a. sichere Renten und finanzielle Entlastung. Die Bundesregierung muss dafür sorgen, dass Renten an die Inflation angepasst werden und ein Leben in Würde möglich ist. Noch warten die Rentnerinnen und Rentner auf einen angemessenen Inflationsausgleich, so wie ihn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Beamtinnen und Beamte erhalten haben. Die medizinische Versorgung im ländlichen Raum ist für viele ältere Menschen eine Herausforderung. Lange Wartezeiten, fehlende Fachärzte und eine unzureichende Pflegeversorgung verschärfen die Situation. Wir erwarten bessere Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte und eine finanzielle Entlastung pflegender Angehöriger. Der gegenwärtige Eigenbeitrag im Pflegeheim ist sozial nicht akzeptabel. Viele ältere Menschen sind auf eine barrierefreie Infrastruktur angewiesen, sei es der Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln oder barrierefreies Wohnen. Bund und Länder müssen gemeinsam daran arbeiten, dass niemand aufgrund seines Alters oder der Einschränkung von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen wird. Die Mobilitätsoffensive des Landes Mecklenburg-Vorpommern ist fortzusetzen. In einer zunehmend digitalisierten Welt dürfen ältere Menschen nicht abgehängt werden. Kostenlose Schulungen, einfache Bedienkonzepte und ein verlässlicher Datenschutz sind notwendig, um Seniorinnen und Senioren den Zugang zu digitalen Behördengängen, Bankgeschäften und sozialen Netzwerken zu erleichtern. Die Interessen älterer Menschen müssen in politischen Entscheidungsprozessen stärker berücksichtigt werden. Seniorenvertretungen sollten mehr Mitspracherechte erhalten, damit ihre Anliegen direkt in die Gesetzgebung einfließen können. Die neue Bundesregierung hat nun die Chance, die Anliegen der Seniorinnen und Senioren ernst zu nehmen und konkrete Verbesserungen auf den Weg zu bringen. Es bleibt zu hoffen, dass die Politik diese Herausforderungen entschlossen angeht – für ein gutes Leben im Alter auch in Mecklenburg-Vorpommern.

Joachim Kießling, Vorsitzender des
Landesseniorenbeirats M-V e. V.

Aus dem Inhalt

Seite	3	Beschlüsse des 13. Altenparlaments
Seite	14	Landespräventionspreis 2025
Seite	21	Aus Landkreisen und Städten

Fortsetzung von Seite 1

1. Sicherstellung der Gesundheitsversorgung in MV bis ins hohe Alter unter besonderer Beachtung des ländlichen Raumes
2. Entwicklung einer Landespflegestrategie MV
3. Seniorengerechte Infrastruktur ausbauen

Diese Leitanträge wurden in drei Arbeitskreisen diskutiert und von den 59 anwesenden Delegierten beschlossen. Gleichzeitig wurde eine Resolution zur „Mobilitätsoffensive in Mecklenburg-Vorpommern“ verabschiedet. Alle Dokumente sind in diesem Seniorenkurier vollständig abgedruckt.

Das Altenparlament wurde durch die 2. Vizepräsidentin des Landtages und seniorenpolitischen Sprecherin der Linksfraktion Elke-Annette Schmidt eröffnet. Sozialministerin Stefanie Drese hat in ihrem Grußwort betont, dass das Altenparlament wichtige Impulse für die Gestaltung der Seniorenpolitik in Mecklenburg-Vorpommern liefert. „Denn ältere Menschen wissen am besten, wo in ihrem Lebensalltag der Schuh drückt“, erklärte Frau Drese zum Auftakt des 13. Altenparlaments. Sie zeigte sich deshalb den Delegierten gegenüber dankbar, dass sie sich ehrenamtlich mit ihren Erfahrungen in die politischen Prozesse einbringen. „Denn wir wollen nicht nur Politik für Seniorinnen und Senioren machen, sondern auch mit ihnen“, erklärte sie. So werden die Beschlüsse des Altenparlaments zur Beratung an den Landtag und die Landesregierung herangetragen.

Diese Mitwirkung funktioniert. Das zeigten die Fortschritte, die in den vergangenen Jahren bei der Seniorenbeteiligung erzielt wurden. „So können sich ältere Menschen nicht mehr nur über den Landesseniorenbeirat, die kommunalen Seniorinnen- und Seniorenvertretungen, bürgerschaftliche Initiativen oder das Altenparlament einbringen, sondern ihre



Grußwort der Sozialministerin

Mitwirkung ist durch das erst kürzlich evaluierte Seniorenmitwirkungs-gesetz sogar vorgeschrieben“, hob sie hervor.

Ein Zugewinn für beide Seiten, so Drese. „Wir profitieren dadurch vom Wissen und den Kenntnissen der älteren Generation, während sich unsere größte Bevölkerungsgruppe in MV sicher sein kann, dass sie gehört wird, wann immer ihre Belange berührt werden“, erklärte die Ministerin.

Nach der Ansprache der Ministerin wählten die Delegierten ihr Tagungspräsidium. Auf Vorschlag des Organisationskomitees wurden Brigitte Seifert und Joachim Kießling vom Landesseniorenbeirat sowie Martin Birkholz von der Senioreninitiative der FDP in das Tagungspräsidium gewählt.

Brigitte Seifert ging als Präsidentin des Altenparlaments in ihrer Ansprache auf den Stand der Erfüllung der Beschlüsse des 12. Altenparlaments durch den Landtag und die neuen Beschlussentwürfe des 13. Altenparlaments, die zur Diskussion standen, ein. Bei der Erarbeitung der Leitanträge wurden Fachleute von den Universitäten Greifswald und Rostock sowie des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes MV einbezogen. Empfehlungen, Ergänzungen und Änderungsvorschläge von Verbänden, Initiativen und Delegierten wurden zum großen Teil berücksichtigt.



Ansprache von Brigitte Seifert

Im Beisein von Vertreterinnen und Vertretern der Landtagsfraktionen der SPD, CDU, FDP und DIE LINKE und der Sozial-, Wissenschafts- und Wirtschaftsministerien diskutierten die Delegierten in den Arbeitskreisen aktuelle seniorenpolitische Themen. Nach einer Mittagspause erfolgte die Vorstellung der Aktivitäten und Ergebnisse bei der Umsetzung der Beschlüsse des 12. Altenparlaments 2022 durch Vertreterinnen der Fraktionen. Die SPD, die CDU und DIE LINKE hatten ihre Stellungnahmen bereits im Vorfeld schriftlich eingereicht. Die seniorenpolitischen Sprecherinnen der SPD-Fraktion Christine Klingohr, der CDU-Fraktion Christiane Berg, der Fraktion DIE LINKE Elke-Anette Schmidt und der FDP-Fraktion Barbara Becker-Hornickel stellten sich nach ihren Ausführungen den Fragen der Delegierten. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hatten sich im Vorfeld entschuldigt. Die Fraktion der AFD blieb dem Altenparlament ohne Begründung fern.

Im Anschluss haben die drei Arbeitskreisleiter, Thomas Fröde, Bernd Rosenheinrich und Joachim Kießling Veränderungen an ihren Beschlussentwürfen im Ergebnis der vorhergehenden Diskussion in den Arbeitskreisen begründet. Dank der engagierten Arbeit der Mitarbeiter der Landtagsverwaltung lagen die überarbeiteten Beschlussentwürfe allen Delegierten als Drucksache vor. In Einzelabstimmung

zu den vorliegenden Dokumenten gaben die Delegierten ihr Votum ab. Alle Beschlusssentwürfe einschließlich der Resolution erhielten die mehrheitliche Zustimmung der Delegierten.

Die Präsidentin des 13. Altenparlaments wandte sich in ihrem Schlusswort nochmals an die Landtagsabgeordneten, dass sowohl die Umsetzung als auch die Abrechnung der Beschlüsse ernst genommen werden und sie

nicht vergessen sollten, dass die älteren Menschen nicht nur Konsumenten, sondern auch aktive Wähler sind. Die 2. Vizepräsidentin des Landtages Elke-Anette Schmidt verabschiedete die Delegierten, würdigte deren konstruktive Mitarbeit und wünschte allen einen guten Nachhauseweg.

In einem Fragebogen zur Nachbereitung des Parlaments durch das Organisationskomitee unterstrich die über-

wiegende Mehrzahl der Delegierten die gute Organisation und den reibungslosen Ablauf des 13. Altenparlaments. Verbesserungsvorschläge werden bei der Vorbereitung des nächsten Altenparlaments berücksichtigt. Der Landessenorenbeirat dankt nochmals den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landtages für die bewährte gute Arbeit und Betreuung im Umfeld des Parlaments. bs

BESCHLÜSSE DES 13. ALTENPARLAMENTS

ARBEITSKREIS 1

Lebensqualität bis ins hohe Alter setzt eine stabile Gesundheit voraus. Deswegen hat sich eine Arbeitsgruppe des Altenparlamentes Gedanken darüber gemacht, mit welchen Forderungen an die Landesregierung die allumfassende Gesundheitsversorgung in Mecklenburg-Vorpommern gesichert werden kann.

Dabei wurde auf die veränderten Rahmenbedingungen durch Fach-

kräftemangel bei der Besetzung von Hausarztpraxen und die Beachtung der speziellen Altersmedizin, auch Geriatrie genannt, besonders eingegangen. Durch Gespräche mit dem Geschäftsführer der Kassenärztlichen Vereinigung und mit Professor Gollasch der Unimedizin Greifswald ist die entsprechende Fachkompetenz eingeflossen. Besondere Beachtung fanden dabei die neu entste-

henden Medizinischen Versorgungszentren, die im ländlichen Raum die Hausarztpraxen teilweise ersetzen sollen. Die Situation um die Gesundheitsversorgung ist bereits kritisch. Deswegen ist die Landesregierung gut beraten, mit den Forderungen in unserem Beschluss jetzt aktiv zu werden.

*Thomas Fröde
Leiter Arbeitskreis 1*

Sicherstellung der Gesundheitsversorgung in MV bis ins hohe Alter unter besonderer Beachtung des ländlichen Raumes

Der Landtag und die Landesregierung werden aufgefordert, im Rahmen ihrer Verantwortung für das Wohlergehen der älteren Bevölkerung auf eine flächendeckende allumfassende Gesundheitsversorgung in Mecklenburg-Vorpommern hinzuwirken.

Dazu fordert das Altenparlament die Landesregierung auf:

1. Zur haus- und fachärztlichen Versorgung:

– Möglichkeiten gesetzlicher Voraussetzungen für eine Standortbindung freiwerdender Arztstellen zu prüfen und die notwendigen Schritte einzuleiten.

– leichtere Zugangsbedingungen für Studienwillige in der Ausrichtung Me-



Die Mitglieder des Arbeitskreis 1 bearbeiten ihren Beschluss

dizin, die später im ländlichen Bereich arbeiten wollen, zu schaffen. Das kann z. B. der Wegfall des Numerus Clausus sein, wie es in anderen Bundesländern bereits praktiziert wird, oder die Mög-

lichkeit über einen qualifizierten Berufsabschluss die Zulassungsbefähigung fürs Medizinstudium zu erhalten.

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

Beides könnte mit der Verpflichtung verbunden werden, nach Abschluss der Ausbildung X Jahre als Landarzt zu arbeiten.

- finanzielle Anreize durch Vergabe von Darlehen für Praxisübernahmekosten, die in Jahresschritten abnehmend zurückzuzahlen sind, zu schaffen.

- sich da, wo ambulante medizinische Versorgung wegzubrechen droht, für die Einrichtung von Kassenärztlicher Vereinigung (KV) geführten Praxen einzusetzen, um die notwendige medizinische Versorgung der Bevölkerung zu sichern.

- eine angemessene gesundheitliche Versorgung sowohl der Bevölkerung wie auch der touristischen Besucher durch die Schaffung der erforderlichen Rahmenbedingungen sicher zu stellen!

- sich dafür einzusetzen bzw. die gesetzlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass in Zukunft vorzugsweise Ärzte als Gemeinschaft oder kommunale oder gemeinnützige Einrichtungen als Träger eines Medizinischen Versorgungszentrum (MVZ) in Frage kommen.

- dafür Sorge zu tragen, dass die durch das Einrichten von MVZ entstandene Unterversorgung bei Haus- und Fachärzten schnellstmöglich behoben wird. Ein Weg könnte sein, die

vorhandene Landarztquote mit einer Landarztbindung zu versehen.

- sich verstärkt, da wo erforderlich, für die Einrichtung von Gesundheitszentren einzusetzen, und die Wiederbelebung des Modells „Schwester Agnes“, unter Einbeziehung und Berücksichtigung vorhandener ambulanter Dienste, voranzutreiben.

- dafür Sorge zu tragen, dass die landesweit flächendeckende Versorgung mit schnellem Internet schnellstens umgesetzt wird.

2. Zur geriatrischen Versorgung:

- eine bedarfsgerechte ambulante Altersmedizin/(Geriatric) in Form flächendeckender ambulanter/teilstationärer geriatrischer Zentren aufzubauen. Hierzu soll insbesondere die Möglichkeit der Errichtung und Förderung von geriatrischen Zentren (z. B. Tageskliniken) an Krankenhäusern mit vorhandenen geriatrischen Einheiten (lt. Definition Krankenhausplan M-V) in Zusammenarbeit mit den zuständigen Leistungsträgern (Krankenkassen), der kassenärztlichen Vereinigung sowie der Krankenhausgesellschaft M-V geprüft werden, wobei das geriatrische Kompetenzzentrum des Kreiskrankenhauses Wolgast – als Teil der Universitätsmedizin Greifswald – hier als Best Practice dienen und eine Beraterrolle einnehmen sollte.

- den Geriatrie-Plan Mecklenburg-Vorpommern von 2011 unter Beachtung des vom Bundesverband Geriatrie in 2022 entwickelten Geriatrie-Konzepts (u. a. zentrierte ambulante/teilstationäre geriatrischen Versorgung inklusive Prävention und Rehabilitation) zu aktualisieren,

- eine amtliche statistische Ausweisung der vorhandenen geriatrischen Plätze/Betten in stationären und teilstationären Einrichtungen Mecklenburg-Vorpommerns (mindestens 2-jährlich) einzuführen,

- die Landesärztekammer Mecklenburg-Vorpommern aufzufordern, rechtsverbindlich die Weiterbildung aller Hausärzte im Bereich Geriatrie in der Weiterbildungsverordnung festzulegen,

- sich zur Etablierung einer Facharztausbildung zum Facharzt für Innere Medizin und Geriatrie in Mecklenburg-Vorpommern (wie bereits in Berlin, Brandenburg und Sachsen-Anhalt erfolgt) mit der Landesärztekammer Mecklenburg-Vorpommern ins Benehmen zu setzen,

- einen Landesplan für Demenz in Anlehnung und Umsetzung der Nationalen Demenzstrategie vom 1. Juli 2020 (ggf. als Bestandteil des Geriatrie-Planes) zu erarbeiten.

*Die Präsidentin
des 13. Altenparlaments*

ARBEITSKREIS 2

Mit einem Anteil pflegebedürftiger Menschen an der Gesamtbevölkerung von 7,6 von 100 Einwohnern (2021) hat Mecklenburg-Vorpommern den zweithöchsten Wert im Vergleich der Bundesländer (Bandbreite 4,4 – 7,9 v.H.).

Damit stehen wir vor sehr großen Herausforderungen, zumal die Anzahl der Pflegebedürftigen aufgrund besonders geburtenstarker Jahrgänge „Babyboomer“ weiter ansteigen wird.

Damit verbunden ist leider auch, dass es immer schwieriger wird, Pflegefachkräfte und Pflegeangebote in ausreichendem Umfang vorzuhalten. Dies betrifft insbesondere die pflegerische Versorgung im ländlichen Raum mit schon heute bestehenden Versorgungsdefiziten.

Deshalb müssen für die Zukunft dringend wohnortnahe und bedarfsgerechte Lösungen gefunden werden. Vor diesem Hintergrund hat das Altenparlament das Thema Pflege auf-

gegriffen und den Landtag und die Landesregierung aufgefordert, eine „Landespflegestrategie MV“ zu entwickeln, beginnend mit einer umfassenden Bestandsaufnahme.

Unverzichtbar sind aus Sicht des Altenparlaments die Bildung von regionalen „Pflege-Bedarfsräumen“ sowie die Vernetzung aller Akteure in der Pflege auf örtlicher Ebene.

*Friedrich Wilhelm Bluschke
Leiter Arbeitskreis 2*

Entwicklung einer Landespflegestrategie MV

Der Landtag und die Landesregierung werden aufgefordert, im Rahmen ihrer Zuständigkeit und Möglichkeiten eine dringend notwendige Landespflegestrategie unter Einbeziehung der Landkreise und kreisfreien Städte sowie der Städte, Ämter und Gemeinden zu entwickeln. Im Einzelnen wird gefordert,

1. eine Landespflegestrategie zu entwickeln, die klare Ziele setzt und konkrete Maßnahmen vorsieht. Voranzustellen ist eine umfassende Bestandsaufnahme, die vorrangig die Entwicklung der Zahl der pflegebedürftigen Menschen, die gegenwärtigen Wohnformen, die gegenwärtige Personalsituation und die künftigen Personalbedarfe erfasst,

2. sinnvolle, einheitlich strukturierte Vorgaben für die Pflegeplanung in den Landkreisen bezüglich der Bildung von regionalen „Pflege-Bedarfsräumen“ festzulegen. Dabei müssen alle Aspekte der pflegerischen Versorgung einbezogen werden. Ebenso ist auf die notwendige Vernetzung aller Akteure im Bereich der Pflege auf regionaler Ebene hinzuwirken,

3. sich künftig an den Investitionskosten bei voll- und teilstationären sowie ambulanten Pflegeeinrichtungen zu beteiligen und damit die Pflegebedürftigen konkret zu entlasten



Der Arbeitskreis 2 bei der Erarbeitung seines Beschlusses

Fotos: Anett Jepp

und zugleich die bestehende Infrastruktur zu stabilisieren,

4. eine Ausbildungsoffensive in der Pflege gemeinsam mit allen Beteiligten durchzuführen und ein Gesamtkonzept für die Ausbildung in Pflegeberufen zu erstellen, um eine nachhaltige Strukturentwicklung sicherzustellen,

5. gemeinsam mit allen Beteiligten bessere Rahmenbedingungen für eine effektivere Anwerbung von Pflegepersonal aus EU-Ländern und Drittstaaten zu schaffen. Außerdem ist es dringend geboten, die Anerkennungsverfahren zu vereinfachen. Darüber hinaus wird eine angemessene

finanzielle Beteiligung an den Anwerbungskosten durch den Bund und die Länder gefordert,

6. für Modellvorhaben im Sinne des § 123 SGB XI finanzielle Mittel im erforderlichen Umfang zur Verfügung zu stellen,

7. für ein erfolgreiches Gelingen des in Mecklenburg-Vorpommern gegründeten „Paktes für Pflege“ finanzielle Mittel in notwendigem Maße in Anlehnung an die in Brandenburg gefundene Lösung zur Verfügung zu stellen.

*Die Präsidentin
des 13. Altenparlamentes*

ARBEITSKREIS 3

Länger zu Hause leben – wie können wir Senioren, vor allem im ländlichen Raum es schaffen, trotz wachsendem Unterstützungsbedarf in den eigenen vier Wänden wohnen zu bleiben? Die meisten von uns wollen ihre Versorgung sowie die Teilhabe am Leben gerne selbst bestimmen. Häufig möchten wir dafür aber im höheren Lebensalter nicht

auf Computer oder Smartphone angewiesen sein. Schon heute bietet die künstliche Intelligenz die Möglichkeit, durch sprachliche Bestellung, zum Beispiel den Rufbus oder andere Dienstleistungen anzufordern, und zwar ohne die Bedienung eines Gerätes (Computer / Smartphone) mit Tastatur, Klicken oder Wischen. In den folgenden Ausführun-

gen können Sie lesen, welche Schritte noch erforderlich sind, damit wir Senioren ohne Vorkenntnisse von diesen Möglichkeiten auch in unserer Region profitieren können.

*Edgar Hummelsheim
Stellv. Leiter Arbeitskreis 3*

Fortsetzung auf Seite 6

Seniorenrechtliche Infrastruktur ausbauen

Der Landtag und die Landesregierung werden gebeten, die Entwicklung eines Maßnahmenpaketes für eine besser nutzbare Infrastruktur im ländlichen Raum zu unterstützen, die den Senioren den längeren Verbleib in der gewohnten häuslichen Umgebung ermöglicht.

Dabei soll folgendes berücksichtigt werden:

1. Die besonderen Gegebenheiten im ländlichen Raum, d. h. Strukturschwäche durch intelligent vernetzte Dienstleistungsangebote mit Hilfe der künstlichen Intelligenz (KI) ausgleichen.

2. Die besondere Situation älterer, betagter und mobilitätseingeschränkter Menschen. Die Nutzerfreundlichkeit („usability“) sowie die Akzeptanz

haben oberste Priorität. Die Angebote müssen auch ohne PC, Tablet, Smartphone bzw. Telefon nutzbar sein. Das Recht auf Teilhabe auch durch analoge Nutzung muss gewährleistet bleiben.

3. Die Entwicklung und Erprobung einer Plattform und eines Träger- bzw. Geschäftsmodells, mit dessen Hilfe schrittweise auf die persönliche Situation zugeschnittene Angebote im Bereich der Mobilität, der häuslichen Dienstleistungen, der sozialen Teilhabe, der Telemedizin etc. barrierefrei, d. h. selbstbestimmt durch intelligente Sprachsteuerung (KI) geklärt und abgerufen werden können.

4. Die interdisziplinäre Begleitung durch das Department AGIS („Altern des Individuums und der Gesell-

schaft“) der Interdisziplinären Fakultät der Universität Rostock.

5. Die Förderung von Anbietern des öffentlichen Nahverkehrs, die ihre Angebote z. B. beim Rufbus digital auf aktuellem Stand abrufbar vorhalten.

6. Die Aktualisierung der Fördermöglichkeiten des Landes für altersgerechte Umbauten bzw. smarte Erüchtigung (KI) zu Gunsten von Mietern bzw. Eigentümern ihrer Wohnung, ihres Wohnhauses.

7. Die Erprobung am Beispiel des Themenfeldes „Mobilität“ in einem Landkreis.

*Die Präsidentin
des 13. Altenparlamentes*

RESOLUTION

Die Teilhabe der Seniorinnen und Senioren am gesellschaftlichen Leben erfordert auch ein gutes Mobilitätsangebot. Besonders im ländlichen Raum in unserem Bundesland ist dies eine wesentliche Voraussetzung.

Die Landesregierung hat im Jahr 2023 eine umfassende Mobilitätsoffensive beschlossen. Insgesamt sollen dafür ca. 30 Mio. Euro eingesetzt werden. Mit der Einführung des Se-

niorentickets, zurzeit für 38 Euro pro Monat, hat unsere Landesregierung ein vorbildliches Angebot für unsere Seniorinnen und Senioren eingeführt, dass die gesamte Nutzung des ÖPNV in der Bundesrepublik ermöglicht. In keinem weiteren Bundesland ist ein derartiges Mobilitätsangebot auf dem Markt. Mit unserer Resolution des 13. Altenparlamentes fordern wir den Landtag und die Landesregierung auf, die ÖPNV-Angebote

nach Jahresscheiben, Landkreisen und kreisfreien Städten aufzugliedern und weiter zu optimieren. Insgesamt möchten wir einen Zeithorizont bis zum Jahr 2030 betrachten. Die Seniorenbeiräte der Kommunen, Landkreise und der kreisfreien Städte werden die Umsetzung der Mobilitätsoffensive konstruktiv begleiten.

*Joachim Kießling
Vizepräsident Altenparlament*

Mobilitätsoffensive in Mecklenburg-Vorpommern

Die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern hat im Jahr 2023 eine umfassende Mobilitätsoffensive beschlossen.

Die komplexen Maßnahmen zur Taktverbesserung im ÖPNV und die Einführung eines landesweit einheitlichen Rufbussystems werden von uns ausdrücklich unterstützt.

Wir fordern den Landtag Mecklenburg-Vorpommern und die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern auf, zügig die Rahmenbedingungen zu schaffen, damit eine bessere Nutzung des ÖPNV insbesondere im ländlichen Raum möglich wird. Die Einführung des Seniorentickets hat bei unseren Senioren eine große Resonanz ausgelöst. Mehr

als 40.000 Senioren nutzen bereits das Ticket, davon nutzen ca. 95 % das analoge Angebot. In unseren Landkreisen und kreisfreien Städten gilt es, das gesamte Angebot weiter zu optimieren und an die Wünsche und Bedürfnisse nicht nur der Senioren anzupassen. Auf der Grundlage des Standes vom 01.01.2023 bitten wir:

1. Die konkreten Ziele und Ergebnisse der ÖPNV-Angebote nach Jahresscheiben bis zum Jahr 2030 für die Landkreise sowie kreisfreien Städte aufzuzeigen.

2. Um Prüfung eines Verbundraumes für das gesamte Land Mecklenburg-Vorpommern analog dem VBB Gebiet in Berlin/Brandenburg.

3. Zusätzliche Mobilitätskonzepte anzubieten, die das Angebot im ÖPNV ergänzen.

Die Seniorenbeiräte der Landkreise und Städte werden die Entwicklungen konstruktiv begleiten. Der Seniorenkurier wird ebenfalls die Ergebnisse veröffentlichen. Unser gemeinsames Ziel besteht darin, dass noch mehr Senioren den ÖPNV nutzen können.

Durch eine optimierte Taktgestaltung und „umsteigearme“ Verbindungen, insbesondere im ländlichen Raum, gilt es in Mecklenburg-Vorpommern eine Vorreiterrolle für einen effektiven und wirtschaftlichen ÖPNV in ei-

nem Flächenland zu entwickeln. Mit einer umfassenden Erschließung der ländlichen Räume können Senioren durch die Nutzung der verbesserten Mobilitätsangebote auch länger in der häuslichen Wohnung verbleiben. Die stets steigenden Kosten für eine Betreuung in einer Pflegeeinrichtung könnten dadurch zeitlich in die Zukunft verlagert werden.

*Die Präsidentin
des 13. Altenparlamentes*

DRINGLICHKEITSANTRAG

Ein Mitglied des Altenparlamentes, Hans Jürgen Treuherz, stellte einen Dringlichkeitsantrag mit der Fragestellung an die Landesregierung, Parteien und Organisationen: Welche Maßnahmen werden ergriffen, um der zunehmenden Queerfeindlichkeit und der Verunsicherung betroffener Senioren vor dem Hintergrund der queerfeindlichen Vorgänge in Neubrandenburg und der Brandanschläge auf die Bar „b sieben“ in Rostock zu begegnen?

Dem Antrag wurde stattgegeben und Herr Treuherz bekam die Möglichkeit, sein Anliegen vorzutragen.

*„Sehr geehrtes Beratungspräsidium,
Frau Landtagspräsidentin,*

ich freue mich, dass ich hier das Sprachrohr habe zu diesen Vorkommnissen. Ich vertrete nämlich im Landesverband Queer LSVD M-V die Senioren und Seniorinnen sowie dazu gehörende Lebensformen.

Vor 30 Jahren, das wollte ich mal sagen, wurden in Deutschland die Paragraphen 175 und 156a gestrichen und damit ein Kapitel von Kriminalisierung und Diskriminierung einer Minderheit von bis zu zehn Prozent der Bevölkerung gestrichen und abgeschafft. Dann hat es aber noch mal bis zum Jahr 2017 gedauert, bis man die Urteile, die in diesem Rahmen gefällt wurden, annulliert hat. Bis 2017! Erst dann wurde die Rechtssicherheit

für die Verurteilten hergestellt, bis der Bundestag die Urteile gestrichen und eine Entschädigung für erlittenes Unrecht beschlossen hat. Leider müssen wir nun mit Entsetzen und Bestürzung zur Kenntnis nehmen, dass es bundesweit steigende Zahlen von Aktionen gegen homosexuelle Menschen gibt. Die Vorkommnisse der letzten Wochen reihen sich ein in zahllose Aktionen wie das mehrfache Zerstören einer Regenbogenbank in Rostock, das nächtliche Ersetzen einer Regenbogenfahne durch eine Hakenkreuzfahne vor dem Bahnhof Neubrandenburg sowie der Versuch, den CSD Wismar zu stören. Die vielen persönlichen Beleidigungen und verbalen Angriffe, Pöbeleien und Drohungen an Infoständen und anderer haben eine klare Botschaft: Zieht euch zurück in die Unsichtbarkeit, sonst wissen wir, wo wir euch finden! Diese Angriffe gehen nicht nur queere Menschen etwas an, sondern sie müssen alle demokratischen Personen aufschrecken. Wir wollen keine Sonderrechte, aber wir brauchen für unsere Minderheit ein solidarisches Eintreten für Demokratie und Akzeptanz der Mehrheitsgesellschaft. Wenn sich Menschen in unserem Land nicht mehr ohne Angst vor Anfeindungen frei bewegen können, ist das eine erhebliche Einschränkung unserer Freiheit. Die Zunahme queerfeindlicher Aussagen und Haltungen

wirken wie Brandbeschleuniger wie wir es bei dem zweimaligen Brandanschlag auf die Bar „b sieben“ in Rostock erleben mussten. Gerade die betroffenen Seniorinnen und Senioren fühlen sich wieder in die Zeiten des Paragraphen 175 zurückversetzt und in der Öffentlichkeit verunsichert. Denn in diese Lebensform wird man hineingegeben, es gibt kein Ausweichen. Ich frage die Landesregierung, die Parteien und gesellschaftlichen Organisationen:

Gibt es feste, dauerhafte Ansprechpartner bei der Polizei mit dem notwendigen Hintergrundwissen?

Zweitens: Wie wird der Landesaktionsplan für die Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in Mecklenburg-Vorpommern finanziell und personell untermauert?

Drittens: Wie können die queeren Menschen und deren Lebensräume vor Angriffen geschützt werden?

Viertens: Wie werden Beratungsstrukturen entsprechend gestärkt und mit fachlichem Personal besetzt?

Fünftens: Welche Aufklärungskampagnen zur Erhöhung von Akzeptanz und Toleranz der Gesellschaft erfordern ein entschlossenes Handeln?

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit zu unserem Anliegen.“

*Hans Jürgen Treuherz
Landesverband LSVD Queer M-V*

Zum Informationsaustausch im Sozialministerium

In jeder Kommune eine Interessenvertretung für Seniorinnen und Senioren

Zu einem Kennenlerngespräch hat Stefanie Drese, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Sport und Senioren, den Vorsitzenden des Landessenorenbeirates, Joachim Kießling, und die Leiterin der Geschäftsstelle, Anett Jepp, am 19. Dezember 2024 in das Sozialministerium eingeladen. Zugegen waren auch die Staatssekretärin Sylvia Grimm und der zuständige Abteilungsleiter Niels Tiede.

Wir informierten u. a. über unsere Ergebnisse im Jahr 2024 und die Schwerpunkte für 2025.

Der Vorstand des Landessenorenbeirates wird sich mit den Seniorenbeiräten der Landkreise und kreisfreien Städte sowie mit den ca. 80 kommunalen Beiräten in die politischen Entscheidungsprozesse einbringen. Von seniorenpolitischen Gesamtkonzepten bis zu Stellungnahmen zu Verordnungen und Gesetzen der Landesregierung werden wir unsere Mitwirkung und Gestaltungsmöglichkeiten sowie unsere Erfahrungen einbringen. Der Landessenorenbeirat wird den Austausch mit den Beiräten in unserem Land nutzen, um die Interessen und Erwartungen der Seniorinnen und Senioren noch besser zu



Sozialministerin Stefanie Drese, Joachim Kießling und Staatssekretärin Sylvia Grimm

Foto: Sozialministerium M-V

koordinieren. Unser Ziel besteht darin, dass in jeder Kommune eine Interessenvertretung für Seniorinnen und Senioren besteht bzw. nach dem Seniorenmitwirkungsgesetz gegründet wird.

Eine enge Abstimmung werden wir bei allen Themen mit dem Sozialministerium sichern. Die Umsetzung der Beschlüsse und der Resolution des 13. Altenparlamentes wurden eben-

falls ausführlich besprochen. Ministerin Drese sicherte dem Landessenorenbeirat weiterhin die Unterstützung des Ministeriums und der Landesregierung bei unserer ehrenamtlichen Arbeit zu und wünschte uns eine erfolgreiche Arbeit für die Umsetzung der Interessen der Seniorinnen und Senioren in unserem Bundesland.

Joachim Kießling, Vorsitzender des Landessenorenbeirats M-V

Erarbeitung einer landesweiten Engagementstrategie

Unterstützung und Förderung bürgerschaftlichen Engagements

Die Strategiegruppe zur Erarbeitung einer landesweiten Engagementstrategie traf sich am 14. November 2024 zu einem Workshop im Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport. Joachim Kießling, Vorsitzender des Landessenorenbeirates, nahm als Mitglied der Strategiegruppe daran teil. Im Workshop wurden erste Ergebnisse einer Studie der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt in Zusammenarbeit von Neuland 21

und dem Leibniz-Institut vorgestellt. Ende 2025 soll das Ministerium die Engagementstrategie für unser Bundesland dem Landtag zur Entscheidung vorlegen. Im Wesentlichen sollen Handlungsempfehlungen für folgende Schwerpunkte erarbeitet werden:

1. Hauptamtliche Unterstützung der Verwaltungen der Städte und Gemeinden
2. Bedarfsgerechtes Auflegen von Förderprogrammen

3. Optimierung der Anerkennungskultur
4. Ehrenamtliche Bürgermeister unterstützen

Das Ehrenamt soll insgesamt gestärkt werden. Eine sogenannte Mikrofinanzierung für Aktivitäten im Ehrenamt kann eine Möglichkeit sein, das Ehrenamt attraktiver zu gestalten. Insgesamt sind noch zwei weitere Veranstaltungen unter Beteiligung des Landessenorenbeirates geplant. JK

Zwischen den Monaten

Ergebnisse von November bis Februar in unserem Bundesland unter Mitwirkung des LSB

Der **Seniorenbeirat der Stadt Ludwigslust** feierte mit ehemaligen Mitgliedern, den ständigen Wegbegleitern und Unterstützern am 27. November 2024 das 25-jährige Bestehen. Die Vorsitzende des Seniorenbeirates Therese Holm berichtete den Gästen über die Ergebnisse der Arbeit des Seniorenbeirates in den 25 Jahren. Vom Aufstellen seniorengerechter Bänke und barrierearmer Querungen in der Innenstadt bis zur Organisation von Sportfesten für die Seniorinnen und Senioren wurden viele weitere Aktivitäten aufgezeigt. Hervorgehoben wurde die gute Zusammenarbeit mit den Stadtvertretern und dem Bürgermeister, der immer ein offenes Ohr für die Probleme der Seniorinnen und Senioren hat. Ein Grußwort des Bürgermeisters Stefan Pinnow gab der Festveranstaltung einen wertschätzenden Rahmen. Vom Landesseniorenbeirat überbrachte Joachim Kießling die Glückwünsche.

*

Rückblick: 4. Interdisziplinäre Opferschutztagung „Der Feind in meiner Tasche – Herausforderungen im Umgang mit Cyberstalking“. Cyberstalking stand im Fokus der **4. Interdisziplinären Opferschutztagung des Landesrates für Kriminalitätsvorbeugung M-V** am 27. November 2024 in der Fachhochschule in Güstrow.



Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung
Mecklenburg-Vorpommern

Ein in fachlicher Hinsicht sehr erfolgreicher Tag im Hinblick auf rechtliche und praktische Impulse und den wichtigen Austausch der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, ein Teilnehmer auch Bernd Rosenheinrich

vom Landesseniorenbeirat. Die Dokumentation der Opferschutztagung, die neben Präsentationen der Referentinnen und Referenten den Einladungsflyer und Fotos enthält, finden Sie unter <https://www.kriminalpraevention-mv.de/Veranstaltungen/>

*

Am 28. November 2024 führte der **Kreisseniorenbeirat des Landkreises Ludwigslust-Parchim** seine Mitgliederversammlung durch. Die Vorstandsvorsitzende Ilona Mundtschalk begrüßte die Teilnehmer und erstattete den Rechenschaftsbericht. Im Anschluss informierte Silke Zepelin über die Arbeit des Pflegestützpunktes. Melanie Eberhage stellte ein Gesundheitspräventionsprogramm „Trittsicher in die Zukunft“ vor. Anett Nuklies informierte über die vorgesehene Vorstandswahl des Kreisseniorenbeirates 2025. Die Verwaltung des Kreises hat festgelegt, dass der künftige Vorstand nur noch mit 6 Vorstandsmitgliedern (bisher 8) ausgestattet werden soll. Wie soll dann eine effiziente Arbeit für die Seniorinnen und Senioren in dem großen Landkreis organisiert werden? Wir hoffen, dass dies nicht das letzte Wort ist. Für den Landesseniorenbeirat übermittelte Joachim Kießling ein Grußwort.

*

Anfang Dezember tagte planmäßig unter Leitung von Bernd Rosenheinrich die **AG „Seniorensicherheit“ beim Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung M-V**. Die Geschäftsführerin des Landesrates Monika-Maria Kunisch gab einen umfassenden Überblick über die Präventionsarbeit in den sieben Arbeitsgruppen „Jugendkriminalität“, „Opferschutz“, „Extremismus“, „Kommunale Prävention“, „Sport und Gewaltprävention“, „Seniorensicherheit“ und „Massenkriminalität“ und wertete die 4. Interdisziplinäre Opferschutztagung: Der Feind in

meiner Tasche – Herausforderungen Cyberstalking am 27.11.2024 in der Fachhochschule Güstrow aus.

Frau Kunisch informiert die AG-Mitglieder auch über einen Beschluss des Vorstandes: „Der Vorsitzende des LfK, Minister für Inneres, Bau und Digitalisierung, Christian Pegel, wird gebeten, sich dafür einzusetzen, dass der Förderansatz des Haushaltstitels des Landesrates für Kriminalitätsvorbeugung (0401 685.64) für den Doppelhaushalt 2026/27 wieder auf 326.300 EUR gesetzt wird.“ Damit konnte auch die Fortführung des seit 10 Jahren erfolgreich durchgeführten Projektes „Seniorensicherheitsberater“ gesichert werden. Der Projektantrag wurde gestellt und der Fördermittelbescheid 2025 uns zugestellt. Wir freuen uns, dass die präventiven Beratungen in den Landkreisen fortgesetzt werden können. Anträge sind von Seniorengruppen, Einrichtungen und Interessenten an die Kreispräventionsräte zu stellen. Wir danken dem LfK für die gewohnt schnelle Übergabe des Fördermittelebescheides, so dass bereits im Januar die erste Beratung erfolgreich durchgeführt werden konnte.

*

Im Dezember 2024 und Februar 2025 tagte unter der engagierten Leitung von Dr. Lilli Neumann, Mitarbeiterin im Sozialministerium, die **AG Herausforderung Demenz im Pakt für Pflege zur Erarbeitung einer Demenzstrategie für M-V**. In Vorbereitung sind weitere Konsensustreffen mit ehrenamtlichen und beruflich engagierten Akteuren, die sich mit dem Thema Demenz beschäftigen bzw. Menschen mit Demenz betreuen und pflegen. Besonders einbezogen sind hier Vertreter lokaler Allianzen für Menschen mit Demenz und ihre Angehörigen, GeriCoaches, Ärzte,

Fortsetzung auf Seite 10

Fortsetzung von Seite 9

Apotheker und natürlich Betroffene selbst. Auch die Wissenschaft ist gefragt. Ziel ist es, Ergebnisse vorzustellen und zu diskutieren, Netzwerke zu bilden und neue Ideen umzusetzen. In der AG arbeitet Bernd Rosenheinrich vom LSB mit.

*

Anfang Dezember nahm Bernd Rosenheinrich an der **Plenumsitzung des Aktionsbündnisses für Gesundheit M-V** im Rittersaal in Schwerin teil. Im Fokus der Plenumsitzung standen die Berichte der Steuerungsgruppe des Aktionsbündnisses für Gesundheit M-V sowie der Steuerungsgruppe des Arbeitsauftrages Nr. 2 Prävention der Gesundheitskommission. Darüber hinaus wurde zum Status Quo der Evaluation die Gesundheitsziele vorgetragen. Außerdem konnten die Bündnispartner dem Plenum berichten, was ihnen im Hinblick auf die Erreichung der Gesundheitsziele im zurückliegenden Jahr besonders gut gelungen ist und was sie sich künftig vorgenommen haben. Zum Auftakt der Sitzung hielt Ministerin Stefanie Drese ein Video-Grußwort an die Bündnispartner.

*

Die Charité in Rostock veranstalteten am 6. Dezember als Kick-Off Symposium des Projekts „**InATheGer – Intensivierte Interprofessionelle Ambulante Therapie Geriatrischer Patienten**“. Es sollen Behandlungszentren (unter anderem auch mit Physiotherapeuten) als Modellprojekte über 36 Monate geschaffen werden. Die hausärztliche Versorgung soll damit gestärkt werden. Im Anschluss sollen die Ergebnisse in die Regelversorgung übernommen werden. Patienten sollen mit einem Fahrdienst in die Zentren gebracht werden, die auch Hausbesuche machen, um die Hausärzte zu entlasten. Ein Ziel ist es, die geriatrische Versorgung ins SGB aufzunehmen. An der Veranstaltung nahm Brigitte Seifert teil.

Am 9. Dezember 2024 hatte der **Antidiskriminierungsverband M-V zu einer außerordentlichen Mitgliederversammlung** eingeladen. Hauptanliegen war die Notwendigkeit einer Satzungsänderung zur Erlangung der Gemeinnützigkeit. Bernd Rosenheinrich stimmte dieser im Auftrag des Landessenorenbeirats als Mitglied des Verbandes zu.

Weiterhin wurde über den aktuellen Stand des Verbandes nach der Gründung berichtet. Weniger erfreulich sind die Aussichten der Finanzierung der Antidiskriminierungsberatungsstellen in M-V. Trotz wachsenden Beratungsbedarfes will die Bundesregierung eine auskömmliche Finanzierung einstellen.

*

Ebenfalls am 9. Dezember nahm Bernd Rosenheinrich an einer **Video-Konferenz der Landesarmutskonferenz** teil. Schwerpunkt waren die Auswertung von LAK-Veranstaltungen der vergangenen Monate:

- Fachtag Kinder- und Jugendarmut am 16. Oktober 2024 in Wismar
- Fachtag „Armut im ländlichen Raum“ am 17. Oktober 2024 in Schwerin
- 25. Erwerbslosenparlament am 18. November 2024 in Schwerin

Weiterhin wurden künftige Themen und Aktivitäten für das Jahr 2025 diskutiert. Ein Schwerpunkt könnte entsprechend der gegenwärtigen Entwicklung „Armut im Alter“ sein. Auf den Brief des Landessenorenbeirats an den Bundeskanzler im Jahr 2024 zum Thema Inflationsausgleich für Rentner haben wir keine Antwort erhalten.

*

Auf Einladung der Landtagspräsidentin Birgit Hesse nahm Joachim Kießling im Auftrag des Landessenorenbeirats M-V am 12. Dezember an einem **festlichen Konzert mit anschließender Weihnachtsfeier** im Schloss Schwerin teil. Die Veranstaltung bot in einer festlichen Atmosphäre eine hervorragende Gelegenheit zum Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik

und Gesellschaft. Der Abend in der Schlosskirche wurde durch die Ansprache der Landtagspräsidentin geprägt und mit einem festlichen Konzert umrahmt. Im Anschluss konnten die Anliegen der älteren Generation in vielen Gesprächen mit Ministern und weiteren Vertretern aus Politik und Wirtschaft sichtbar gemacht sowie wertvolle Impulse für die weitere konstruktive Zusammenarbeit mit der Landespolitik gesetzt werden.

*

Im Januar tagte auch die **Lenkungsgruppe beim Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung** zur Vorbereitung des 13. Landespräventionstages am 3. Juli 2025 in der Hochschule Neubrandenburg zum Thema „Augen auf! Gewaltprävention in der Pflege“. Dazu wird auch wieder ein Landespräventionspreis ausgelobt, den Innenminister Pegel überreichen soll. Es wurden Inhalt und Referenten des Programmes der Veranstaltung präzisiert und abgestimmt. In der Lenkungsgruppe vertritt Bernd Rosenheinrich den Landessenorenbeirat.

*

Ebenfalls im Januar tagte unter Mitwirkung von Bernd Rosenheinrich die **Arbeitsgruppe Landeskonzeption Psychische Gesundheit im Rahmen der Landesstrategie Gesundheitsförderung und Prävention**. In einer Präsentation erläuterte Charlotte Hinrichs von der Landesvereinigung für Gesundheitsförderung Zusammenhänge und Strukturen der Landesstrategie Gesundheitsförderung und Prävention. Die Gesundheitsziele M-V sind dafür die Grundlage. Die Schwerpunkte sind lebensphasenorientiert, folglich:

- psychisch gesund aufwachsen – Psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen
- psychisch gesund leben und arbeiten
- psychisch gesund älter werden unter Einbeziehung der Ergebnisse der AG 5 des Runden Tisches gegen Einsamkeit im Alter.

Brigitte Seifert nahm am 13. Januar per Videokonferenz am **Praxisdialog Demenz** des Pflegenetzwerk Deutschland teil. Dr. Lilli Neumann vom SoMi MV stellte unter anderem den Demenzplan MV vor. 2,8 Prozent der Bevölkerung in MV sind an Demenz erkrankt. Frau Neumann erläuterte die vier Handlungsfelder der nationalen Demenzstrategie und machte Ausführungen zum Pakt für Pflege MV. Es wurden Beispiele aus der Praxis in MV vorgestellt, beispielsweise Grevesmühlen als demenzfreundliche Kommune.

*

Am 13. Januar lud die Ministerpräsidentin Manuela Schwesig zum **Neujahrsempfang** ins Ozeaneum nach Stralsund ein. Mehr als 300 Teilnehmer aus Politik, Wirtschaft, Kultur, Vereinen und Verbänden waren der Einladung nach Stralsund gefolgt. Vom Landesseniorenbeirat nahm unser Vorsitzender, Joachim Kießling, teil. In einer mehr als einstündigen Rede legte die Ministerpräsidentin Rechenschaft über das Erreichte im Jahr 2024 ab und gab einen Ausblick über die anspruchsvollen Ziele im neuen Jahr.

In zahlreichen Gesprächen mit Vertretern aus Politik und Wirtschaft konnten neue Netzwerke geknüpft und bestehende aufgefrischt werden. In einem persönlichen Gespräch mit der Ministerpräsidentin wurde die gute und konstruktive Zusammenarbeit der Landesregierung mit unserem Landesseniorenbeirat herausgestellt. Die Ministerpräsidentin wird auch 2025 unsere Initiativen für die Seniorinnen und Senioren unterstützen.

*

Auf Einladung der Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen nahm der Vorsitzende Joachim Kießling am 14. Januar 2025 an einer Veranstaltung in Rostock zum Motto „**Lebensmittel Kultur – Was auf den gesellschaftlichen Tisch gehört**“ teil, einem Kulturdinner mit interessanten Gesprä-

chen über die Bedeutung und Herausforderungen der Kultur. Wie können wir die Teilhabe der Seniorinnen und Senioren insbesondere im ländlichen Raum am kulturellen Leben gewährleisten? Ist die Finanzierung der kulturellen Angebote dauerhaft gesichert? Das waren nur einige Inhalte der Diskussion. Am Ende der Veranstaltung waren sich alle Teilnehmer einig, dass Kultur ein wichtiger Teil einer lebendigen Demokratie ist.

*

Die **AG Sport und Gesundheit des Landessportbundes** tagte am 17. Januar in der Sportschule Warnemünde, an der Dr. Georg Weckbach teilnahm. Schwerpunkt war die Mitwirkung an der Erarbeitung der Landeskonzeption für das Handlungsfeld Bewegungsförderung der Landesstrategie Gesundheitsförderung und Prävention.

Von Ulrich Pudschun wurde der Entwurf vorgelegt. Umfangreich wurden die verschiedenen Aspekte der Notwendigkeit der Bewegungsförderung als wesentlicher Bestandteil der Gesundheitsförderung diskutiert und weitere Zuarbeiten für die Landeskonzeption erarbeitet. Die diesjährige Regionalkonferenz Gesundheit wird vom Landessportbund am 6. April durchgeführt.

*

Am 17. Januar fand der **Landespflegeausschuss** in Schwerin statt. Brigitte Gluth wurde als neues Mitglied aufgenommen.

Es wurde der Barmer Pflegereport 2024 vorgestellt. Weitere Themen waren die sich ändernde Altersstruktur der Bevölkerung und damit verbundene Kostensteigerungen, „MV zeigt Haltung“, Ausbildung im Pflegeberuf und „Pakt für Pflege“.

*

Die **AG Landeskonzeption Bewegung des Sozialministeriums** tagte am 20. Januar unter der Leitung von Dr. Silke Penning-Schulz. Der Entwurf der Landeskonzeption für das Handlungsfeld Bewegungsförderung der

Landesstrategie Gesundheitsförderung und Prävention wurde von Ulrich Pudschun vom Landessportbund vorgestellt und umfassend diskutiert. Es gab zahlreiche Anregungen. Für die weitere Bearbeitung werden Zuarbeiten erwartet und im Februar wird die dann vorliegende Fassung der Konzeption erneut beraten. Dr. Georg Weckbach nahm an der Veranstaltung teil.

*

Auf Einladung der **Volkssolidarität des Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern** nahmen Brigitte



Seifert und Joachim Kießling am 28. Januar 2025 am **Neujahrsempfang** teil.

Beim Austausch mit den Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Verbänden wurde über Vergangenes und vor allem über die zukünftigen gemeinsamen Aufgaben in der Seniorenarbeit diskutiert. Insgesamt war dies eine gelungene Veranstaltung und es konnten neue Netzwerke geknüpft werden.

*

Ende Januar fand eine gemeinsame **Sitzung der Landesarmutskonferenz mit dem Erwerbslosenbeirat** statt. Im Mittelpunkt stand die Armutsgefährdung in Mecklenburg-Vorpommern. Niedrige Löhne und Renten tragen dazu wesentlich bei. Insbesondere sind alleinstehende Frauen mit Kindern betroffen. Für die Teilnehmer unverständlich die bewusste Stigmatisierung von Bürgergeldempfängern im Wahlkampf. Die wirtschaftliche Lage und die Inflation haben andere zu verantworten. Zu suggerieren, dass die Streichung des Bürgergeldes die Lösung aller Probleme wäre, ist unredlich. Bernd Rosenheinrich vom Landesseniorenbeirat informierte die Teilnehmer über einen Brief an den Bundeskanzler Scholz zum Thema Inflationsausgleichsprämie für Rentner. ■

Krankenhausreform

Enge Abstimmung mit Krankenhäusern und kommunaler Ebene angestrebt

Gesundheitsministerin Stefanie Drese hat auf der kommunalen Krankenhauskonferenz in Güstrow die besondere Bedeutung der Krankenhausreform für Mecklenburg-Vorpommern hervorgehoben. Gleichzeitig skizzierte sie den Zeitplan zur Umsetzung des wichtigsten Gesetzesvorhabens des Bundes im Bereich der stationären Versorgung in Mecklenburg-Vorpommern. Bis Ende 2026 sollen alle vorbereitenden Maßnahmen abgeschlossen sein, damit ab dem Jahr 2027 in allen Krankenhäusern des Landes nach der neuen Leistungsgruppensystematik gearbeitet werden kann. Besonders wichtig für die Entwicklung und Finanzierung der Krankenhäuser sei die Zuweisung der Leistungsgruppen an die Kliniken durch das Landesgesundheitsministerium.

Bis zum 31. Oktober 2026 muss und wird jedes Krankenhaus wissen, welche Leistungen es ab 2027 anbieten kann. Die Jahre 2027 und 2028 seien dann für die schrittweise Umstellung des Finanzsystems an den Kliniken des Landes vorgesehen. Drese verdeutlichte, dass mit der Krankenhausreform die Versorgung der Patienten auf hohem Niveau stabilisiert und die wirtschaftliche Perspektive gerade für kleinere, bedarfsnotwendige Häuser verbessert wird. „Das ist für Mecklenburg-Vorpommern als dünn besiedeltes Flächenland ganz entscheidend.“ Die Ministerin machte dies an den Krankenhäusern mit einem sogenannten Sicherstellungsauftrag deutlich. Während es bundesweit außerhalb von MV nur 6,6 Prozent Sicherstellungskrankenhäuser

gibt, fallen in unserem Land 25 und damit fast 70 Prozent der Kliniken in diese Kategorie. In den Verhandlungen auf Bundesebene sei es gelungen, dass diese Sicherstellungskrankenhäuser eine zusätzliche und höhere finanzielle Unterstützung für die Gewährleistung einer wohnortnahen Versorgung erhalten. Diese Sonderstellung werde ergänzt durch die Möglichkeit, unbefristete Ausnahmen von Mindestanforderungen für bedarfsnotwendige Krankenhäuser zu erteilen. Bei allen Unzulänglichkeiten im Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz (KHVVG) sind die Voraussetzungen vorhanden, dass wir in einem gemeinsamen Prozess bis 2027 für jedes Krankenhaus zu bestmöglichen Lösungen kommen“, so die Ministerin. ■

Einführung der elektronischen Patientenakte

Sicherheit vor Schnelligkeit

Gesundheitsministerin Stefanie Drese hat sich vor dem Start der elektronischen Patientenakte (ePA) dafür ausgesprochen, die Testphase in den Modellregionen Hamburg und Umland sowie Franken zu nutzen, um das digitale Sicherheitssystem auf „Herz und Nieren“ zu prüfen. „Beim hochsensiblen Umgang mit Gesundheitsdaten muss Sicherheit vor Schnelligkeit gehen.“ Der positive Verlauf der Pilotphase sei zwingende Voraussetzung für den bundesweiten Rollout. „Die ePA ist sinnvoll für eine bessere und effizientere Gesundheitsversorgung, doch die Akzeptanz bei Patienten und Ärzteschaft hängt maßgeblich davon ab, dass das System weitgehend reibungslos funktioniert und die Daten gut geschützt sind“, betonte Drese. Die ePA sollte den modernsten Sicherheitsstandards entsprechen. Da-

zu gelte es, die von verschiedenen Expertinnen und Experten, wie zuletzt auf dem Kongress des Chaos Computer Clubs geäußerten Bedenken sehr ernst zu nehmen. Gerade bei vulnerablen Menschen, die anfälliger sind für soziale, politische oder gesundheitliche Benachteiligungen, bestehe vielfach Verunsicherung. „Deshalb muss alles technisch Mögliche unternommen werden, damit Patientendaten nicht in die Hände unbefugter Dritter gelangen können. Erst wenn aufgezeigte Sicherheitslücken geschlossen und eventuell auftretende substanzielle Probleme behoben sind, darf die ePA auch bundesweit starten. Wenn das länger als vier Wochen dauert, sollten wir uns im Interesse der Patientinnen und Patienten, aber auch der Ärzteschaft die Zeit nehmen, die es braucht“, so die Ministerin. ■

Hintergrund:

Ab dem 15. Januar 2025 startet die ePA in bestimmten Testregionen. Nach erfolgreicher Pilotphase wird die elektronische Patientenakte für alle gesetzlich Krankenversicherten eingeführt. Dort werden Gesundheitsdaten wie Arztbriefe, Befunde, Medikationspläne, Laborbefunde oder Röntgenbilder digital gespeichert. Das heißt, alle Gesundheitsinformationen sind künftig auf dem eigenen Smartphone, Laptop oder PC abgelegt. Die ePA vernetzt somit den Patienten/ die Patientin mit den behandelnden Ärztinnen und Ärzten, Apotheken, Krankenhäusern und anderen medizinischen Einrichtungen. Die Nutzung der ePA ist freiwillig, der Einrichtung kann bei der jeweiligen Krankenkasse widersprochen werden.

M-V entwickelt eigenen Demenzplan

Erkrankte Menschen und Angehörige unterstützen

Sozial- und Gesundheitsministerin Stefanie Drese hat die Entwicklung eines eigenen Demenzplanes für das Bundesland angekündigt. Ziel sei es, an Demenz erkrankte Menschen und ihre Angehörigen künftig noch besser zu unterstützen und proaktiv den Herausforderungen des Krankheitsbildes in einer immer älter werdenden Gesellschaft zu begegnen. Schon jetzt haben in Deutschland mehr als 1,8 Millionen Menschen eine demenzielle Erkrankung und auch in Meck-

lenburg-Vorpommern leben mehrere zehntausende Betroffene mit ihren Familien – Tendenz steigend. Angesichts dieser Zahlen muss es unsere Aufgabe sein, frühzeitig passende Strukturen zu schaffen, um die Lebensqualität von Menschen mit Demenz und deren Angehörigen zu verbessern. Es gehe darum, dass das Leben trotz Erkrankung möglichst wenig eingeschränkt weiterlaufen kann. Denn auch Demenzerkrankte wollen so lange wie möglich im ge-

wohnten Umfeld leben. Gemeinsam mit einem breiten Bündnis von Akteuren, das unter anderem Vertreterinnen und Vertreter aus Pflege und Therapie, lokale Demenznetzwerke und Beratungsstrukturen sowie Patientenvertretungen und Betroffene selbst umfasst, soll der neue Demenzplan hierfür landesspezifische Grundlagen schaffen. Auch einen eigenen wissenschaftlichen Beirat habe das Land eingerichtet, die Auftaktsitzung des Gremiums sei für den März geplant. ■

Plattform für Engagement

18. Ehrenamtsmessen in unserem Bundesland

Mit ihrer 18. Auflage präsentieren sich die Ehrenamtsmessen in Mecklenburg-Vorpommern 2025 erneut als Plattform für Engagement und laden Interessierte dazu ein, Vereine und Organisationen kennenzulernen. Die landesweiten Veranstaltungen starten am 29. März in Neustrelitz und bieten an fünf Standorten die Möglichkeit, Vereine und Organisationen hautnah zu erleben. „Ehrenamt ist kein nettes Extra, es ist wichtig für das Funktionieren unserer Gesellschaft. Ohne Freiwillige zerbricht unsere Gesellschaft. Ehrenamtliche besuchen Einsame, begleiten Kinder, helfen in Krisen, ohne Bezahlung, aber mit viel Herz. Wer sich engagiert, verändert Leben, oft auch das eigene. Genau deshalb sind die Ehrenamtsmessen in Mecklenburg-Vorpommern so wichtig: Sie vernetzen engagierte Menschen, Organisationen und Initiativen, zeigen wo Hilfe gebraucht wird, und laden alle ein, Teil dieser Bewegung zu werden.“ Mit diesen Worten ruft Annette Funke zu den diesjährigen Ehrenamtsmessen auf. Sie ist neu im Team des DRK-Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern e.V.

und koordiniert dort das soziale Ehrenamt.

Die Ehrenamtsmessen in Mecklenburg-Vorpommern sind der ideale Treffpunkt für Engagierte und jene, die es werden wollen. Besucher entdecken vielfältige Möglichkeiten, sich einzubringen, von Familienunterstützung über Bildungs- und Kulturprojekte bis hin zur Arbeit mit Menschen mit Behinderungen oder Migrationshintergrund.

Ein Schwerpunkt der diesjährigen Messen: Stärkung der gesellschaftlichen Resilienz und private Notfallvorsorge, ein Thema von wachsender Bedeutung. Zudem rückt die Veranstaltungsreihe das Engagement für Familien in den Fokus. Ebenso bietet das Format zahlreiche Mitmach-Angebote der Vereine und sorgt für besondere Highlights für Familien und Kinder. Rund 230 Aussteller präsentieren ihre ehrenamtliche Arbeit, laden zum Austausch ein und inspirieren zum Mitmachen. Die Messen werden vom Land Mecklenburg-Vorpommern gefördert und stehen unter der Schirmherrschaft von Ministerpräsidentin Manuela Schwesig. ■



Ehrenamtsmessen 2025
Save the day!



Informationen der einzelnen Standorten

29. März Neustrelitz

Landeszentrum für erneuerbare Energien MV GmbH,
Am Kiefernwald, von 10 bis 15 Uhr

26. April Güstrow

Bürgerhaus, Sonnenplatz 1,
von 10 bis 15 Uhr

26. und 27. April Wismar

im Rahmen der Hanse-Schau,
von 10 bis 18 Uhr

1. Juni Grimmen

Alte Schule, Erich-Weinert-Straße 22,
von 10 bis 16 Uhr

22. Juni Torgelow

im Rahmen von „Torgelow erleben“,
Stadthalle Ukränenstraße 5,
von 10 bis 18 Uhr

Kontakt:

E-Mail: ehrenamt@drk-mv.de
Tel.: 03 85 - 5 91 47 13

Landespräventionspreis 2025

„Augen auf! Gewaltprävention in der Pflege“

Innenminister Christian Pegel als Vorsitzender des Landesrates für Kriminalitätsvorbeugung, Sozialministerin Stefanie Drese und Prodekan Prof. Dr. Schmidt von der Hochschule Neubrandenburg haben den Startschuss für die Bewerbung um den Landespräventionspreis 2025 gegeben.

Der Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung und die Landespolizei setzen auch 2025 die bewährte Praxis fort, alle zwei Jahre auf dem Landespräventionstag Initiativen, Organisationen, Institutionen oder Einzelpersonen mit dem Landespräventionspreis auszuzeichnen, die sich vorbildlich in der Kriminalitätsvorbeugung engagieren.

„In diesem Jahr suchen wir innovative Projekte aus Mecklenburg-Vorpom-

mern, die sich für Gewaltprävention in der Pflege einsetzen und die Pflege zukunftsfähig machen.

Wir sind uns einig: Ganz viele Menschen pflegen beruflich oder ehrenamtlich Menschen mit riesengroßer Hingabe und ganz viel Engagement. Wir wissen aber leider auch, dass es in Einzelfällen zu psychischer und physischer Gewalt in der Pflege kommt und genauso klar ist: Gewalt in der Pflege ist nicht hinnehmbar und widerspricht den ethischen Grundsätzen der Pflege.

Deshalb ist es wichtig, Anzeichen von Gewalt zu erkennen und geeignete Schutzmaßnahmen zu ergreifen, um die Sicherheit und das Wohlergehen aller Beteiligten zu gewährleisten“, appelliert Innenminister Christian Pegel.

„Gewalt in der Pflege ist komplex und kann Pflegebedürftige ebenso wie Pflegenden oder Angehörige treffen. Studien zeigen, dass etwa 90 Prozent der professionellen Pflegekräfte innerhalb eines Jahres Gewalt erlebt haben.

Gleichzeitig gaben 70 Prozent an, in diesem Zeitraum auch selbst Gewalt gegenüber Pflegebedürftigen ausgeübt zu haben.

Geeignete Präventionsmaßnahmen sind dabei die beste Medizin, um Gewalt gar nicht erst entstehen zu lassen und Pflegenden und Pflegebedürftige zu schützen.

Ich erhoffe mir deshalb, dass wir mit dem diesjährigen Landespräventionspreis möglichst viele Personen aus der Eingliederungshilfe und Pflege errei-

Landespräventionspreis 2025



Augen auf!



Gewaltprävention in der Pflege

Wir suchen innovative Projekte aus Mecklenburg-Vorpommern, die sich für Gewaltprävention in der Pflege einsetzen und die Pflege zukunftssicher machen.

Worum geht es?

Der Landespräventionspreis 2025 zeichnet Projekte aus, die mit neuen Ideen und effektiven Maßnahmen einen Beitrag zur Gewaltprävention in allen Bereichen der Pflege leisten.

Einsendeschluss: 25. April 2025

Preisverleihung: 03. Juli 2025, Hochschule Neubrandenburg

Die Preisträger erhalten Pokale, Urkunden sowie Geldprämien in Höhe von insgesamt bis zu 3.500 Euro.

Wodurch zeichnet sich ein gutes Projekt aus?

- ◆ **Innovation:**
Neuartige Ansätze zur Gewaltprävention
- ◆ **Wirksamkeit:**
Nachweisbare positive Ergebnisse
- ◆ **Nachhaltigkeit:**
Langfristige Wirkung und Umsetzung
- ◆ **Zielgruppenorientierung:**
Berücksichtigung der Bedürfnisse der verschiedenen Zielgruppen (Pflegekräfte, Bewohner, Angehörige)
- ◆ **Kooperation:**
Zusammenarbeit mit Pflegeeinrichtungen, Fachverbänden, etc.
- ◆ **Übertragbarkeit:**
Anwendungsmöglichkeit in andere Regionen zu übertragen
- ◆ **Dokumentation und Evaluation:**
Systematische Erfassung der Maßnahmen und deren Ergebnisse
- ◆ **Partizipation:**
Einbindung der Zielgruppe

Wie können Sie mitmachen?

Senden Sie Ihre Vorschläge per E-Mail an:

lfk@kriminalpraevention-mv.de

Fragen? Rufen Sie uns an: +49 385 588 12487



Landesrat für
Kriminalitätsvorbeugung
Mecklenburg-Vorpommern



Landespolizei
Mecklenburg-Vorpommern

Bringen Sie Ihre Ideen ein. Wir freuen uns auf Ihre Vorschläge!

chen und wir uns gemeinsam für eine gewaltfreie Pflege einsetzen – damit aus einer Kultur des Wegschauens eine Kultur des Hinschauens, des Handelns wird“, erklärte Sozialministerin Stefanie Drese.

Entscheidungsgrundlage für die Jury sind u. a. folgende Kriterien:

- Innovation
- Wirksamkeit
- Nachhaltigkeit
- Zielgruppenorientierung
- Kooperation

„Jede und jeder – ob Privatperson, Verein, Organisation, Kommune, Selbsthilfegruppen, Kommunale Präventionsräte, um nur einige Beispiele zu nennen – kann Vorschläge einreichen! Und hierzu möchten wir alle ermutigen“, so Innenminister Christian Pegel und Sozialministerin Stefanie Drese.

Die Preisträger werden im Rahmen des 13. Landespräventionstages „Augen auf! Gewaltprävention in der Pflege“ am 3. Juli 2025 an der Hochschule Neubrandenburg den „Oscar der Kriminalprävention Mecklen-

burg-Vorpommern“, Urkunden und – Geldprämien in Höhe von insgesamt 3.500 Euro entgegennehmen.

Die Auswahl der Preisträgerinnen und Preisträger erfolgt durch eine Jury.

Einsendeschluss ist der 25. April 2025!

Vorschläge mit Namen, Anschrift des Bewerbers (inkl. Telefonnummer und E-Mail-Adresse) und Begründung können per E-Mail an lfk@kriminalpraevention-mv.de gesendet werden. ■

Aus für Versorgung mit besonderen Verbandsmitteln

AOK Nordost bürokratisiert die Verordnung von besonderen Verbandsmitteln

Das Ampel-Aus hat nunmehr auch unmittelbare Folgen für die Versorgung von Patienten in M-V mit Verbandsmitteln.

Aufgrund einer nicht mehr durch den Bundestag verlängerten Übergangsregelung können zahlreiche Verbandsmittel, u. a. alle mit antimikrobiellen Substanzen behandelten Produkte zur Wundbehandlung (z. B. mit Polihexanid, Silber, PVP-Jod), die einen deutlichen medizinischen Mehrwert in der Wundversorgung von Patienten haben, nicht mehr ohne weiteres zu Lasten der gesetzlichen Krankenversicherung vom Arzt verordnet werden.

Minister Karl Lauterbach hatte die Kassen aufgefordert, die bis zum 2. Dezember 2024 gültigen erstattungsrechtlichen Regelungen für diese Produkte auch weiterhin anzuwenden. Während die Ersatzkassen (Barmer, DAK, TK, KKH, HEK) und auch die Krankenkasse für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau bundesweit dieser Aufforderung folgen, lehnt die AOK Nordost dies ab und weist auf die Überprüfung der Wirtschaftlichkeit im Einzelfall hin.

Das bedeutet für Ärzte, die nach dem 2. Dezember 2024 entspre-

chende Verbandsmittel für ihre Patienten verordnen, dass sie in der Folge mit Regressanträgen in unbekannter Höhe rechnen müssen.

Aufgrund der anhaltend hohen Patientenzahlen und der ohnehin überbordenden Bürokratie in den Praxen des Landes sorgt dieses Verhalten der AOK Nordost für Unmut bei den Patienten und Besorgnis bei den Ärzten.

Die Kassenärztliche Vereinigung M-V (KVMV) hatte sich deshalb an die Landesverbände der Kassen gewandt und um ein pragmatisches Vorgehen geworben. Mit Schreiben vom 19. Dezember 2024 teilten die Verbände der Krankenkassen in M-V mit, dass man sich nicht auf eine einheitliche Verfahrensweise zwischen den Kassen einigen konnte und jede Kasse einzeln handelt.

Damit verbleibt es zunächst dabei, dass nur die Ersatzkassen und die Krankenkasse für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau eine Verlängerung der Übergangsfrist bis zum 2. März 2025 gegen sich gelten lassen.

Für betroffene Patienten der AOK Nordost, der Innungs- und Betriebskrankenkassen sowie der Knapp-

schaft gilt diese pragmatische Lösung nicht. Die AOK Nordost versendet praxisferne Handreichungen an Ärzte, die Innungs-, Betriebskrankenkassen und die Knappschaft hüllen sich vollständig in Schweigen.

Ärzte und Patienten werden von diesen Kassen im Stich gelassen, im Zweifel sind sie gehalten, eine Kostenübernahme bei der jeweiligen Kasse für diese Verbandsmittel einzuholen.

Dieses Verhalten der Kassen sorgt angesichts der angespannten Versorgungslage für zusätzliche Arbeit in den Praxen und Frustration bei den Patienten. Bemerkenswert ist dabei, dass die betreffenden Krankenkassen bereits am 19. Dezember 2024 durch feiertagsbedingte Abwesenheitsmeldungen ihrer Ansprechpartner – zum Teil bis ins neue Jahr hinein – glänzten.

Diese Krankenkassen sind aufgefordert, wie auch in Bayern und anderen Bundesländern, ihre Verantwortung für die Versorgung ihrer Versicherten mit Verbandsmitteln wahrzunehmen und pragmatische Regelungen zu treffen.

*Kassenärztliche Vereinigung
Mecklenburg-Vorpommern*

Vorstand gegen Sparmaßnahmen im Sozialhaushalt

Volkssolidarität begrüßte Gäste aus Politik und Wirtschaft zum Neujahrsempfang

Rund 50 geladene Gäste aus Politik, Mitgliedsverbänden und Wirtschaft nahmen Ende Januar am Neujahrsempfang des Landesverbandes der Volkssolidarität Mecklenburg-Vorpommern e.V. teil.

Die Veranstaltung stand in diesem Jahr unter einem besonderen Zeichen: Die Volkssolidarität feiert ihr 80-jähriges Bestehen.

Nico Conrad, hauptamtlicher Vorstand im Landesverband MV, sprach anerkennende Dankesworte an Mitglieder, haupt- und ehrenamtlich Engagierte, Förderer und Partner aus, die die Volkssolidarität in ihrer täglichen Arbeit unterstützen. Dr. Antje Draheim, Staatssekretärin im Bundesministerium für Gesundheit, sprach das Grußwort.

In seiner Rede vor Landespolitikern, Vertreterinnen und Vertretern von Mitgliedsverbänden machte Herr Conrad deutlich, wie wichtig besonders jetzt Zusammenhalt und Solidarität sind, das, wofür die Volkssolidarität seit ihrer Gründung steht: „Die soziale Infrastruktur, die wir tagtäglich aufrechterhalten, darf nicht Opfer von Sparmaßnahmen werden. Der Sozialhaushalt ist keine Stellschraube, an der beliebig gedreht werden kann, er ist das Fundament für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft“, so Conrad.

Er bezog sich hierbei auf den Nachtragshaushalt 2025 in Mecklenburg-Vorpommern, der derzeit für Diskussionsstoff sorgt. Während Finanzminister und Ministerpräsidentin des Landes MV in einer Pressekonferenz bekräftigt haben, man wolle „am Staat und nicht am Bürger“ sparen, liegen der LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Mecklenburg-Vorpommern e.V. konträre Informationen aus dem Sozialministerium vor. Demnach sollen bei der Förderung von Maßnahmen für Menschen mit Behinderung und ihren Angehörigen



Nico Conrad im Gespräch mit Dr. Antje Draheim, Staatssekretärin im Bundesministerium für Gesundheit (li.) und Sylvia Grimm, Staatssekretärin im Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport MV (re)

Foto: Volkssolidarität Landesverband MV

im Jahr 2025 Einsparungen von 20 Prozent erfolgen. Die Volkssolidarität ist Mitglied des Paritätischen MV, der wiederum Mitglied der LIGA MV ist.



„Einsparungen in diesem Bereich gefährden nicht nur dringend benötigte Angebote, sondern letztlich auch das Vertrauen in eine solidarische Gemeinschaft“, so Conrad abschließend. Der Neujahrsempfang bot nicht nur Gelegenheit zum Austausch, sondern auch einen Rückblick auf acht Jahrzehnte Engagement. Eine emotionale Diashow zeigte prägende Momente aus der Geschichte der Volkssolida-

rität. Zusätzlich konnten die Gäste die umfangreiche Wanderausstellung „80 Jahre Volkssolidarität“ bestaunen, die anschaulich die Entwicklung und Erfolge des Vereins darstellt.

Nach diesem gelungenen Auftakt ins Jubiläumsjahr richtet sich der Blick nun auf ein weiteres Highlight: das große Sommerfest am 13. September 2025 in Schwerin auf dem Alten Garten. Besonders erfreulich ist, dass Ministerpräsidentin Manuela Schwesig die Schirmherrschaft übernommen hat. Die Besucherinnen und Besucher dürfen sich auf ein buntes Bühnenprogramm sowie zahlreiche Attraktionen wie Dampferfahrten und Kutschfahrten durch den Schlossgarten freuen.

Mit diesem großen Fest will die Volkssolidarität nicht nur ihr 80-jähriges Bestehen feiern, sondern auch ein klares Zeichen für den Wert von Gemeinschaft und Zusammenhalt setzen. Es bleibt zu hoffen, dass die Forderung nach mehr Solidarität und der Schutz sozialer Strukturen auch in der Politik gehört werden. ■

Wortmeldung

Die Pflegesituation in Deutschland - eine der größten Herausforderungen

Die Lösung der Pflegesituation in Deutschland ist eine der größten und bedeutsamsten Aufgaben der Gegenwart und Zukunft.

Eine alternde Bevölkerung, die ansteigenden Kosten und der wachsende Fachkräftemangel führen zu einem zunehmenden Druck auf die Politik, auf die Pflegeheime und auf die pflegenden Angehörigen.

Ende 2023 sind ca. fünf Millionen Menschen in Deutschland pflegebedürftig. Diese Anzahl wird in den nächsten Jahren weiter ansteigen. Dies ist auf den demografischen Wandel zurückzuführen. Die Lebenserwartung in den nächsten Jahren wird sich weiter erhöhen, aber die Anzahl der Erwerbstätigen wird sich verringern.

Etwa 80 Prozent der Pflegebedürftigen werden zu Hause betreut. Die pflegenden Angehörigen sind oft total überlastet und tragen den Hauptteil der Pflegearbeit. Finanzielle Zuschüsse, bessere Beratungsangebote und mehr Kurzzeitpflegeplätze können

zu einer Entlastung der Angehörigen führen. Die Pflegeeinrichtungen stoßen häufig an ihre personellen und finanziellen Grenzen.

Die Leistungen der Pflegeversicherung reichen oft nicht aus, darüber hinaus steigen stets die Eigenanteile der Heimpflege. Die tatsächlichen Kosten, die nicht gedeckt werden können, führen zu Finanzlücken. Steuerzuschüsse oder höhere Beiträge der Pflegeversicherung könnten dazu beitragen, die finanziellen Lücken zu stopfen.

Aktuell fehlen Zehntausende Pflegekräfte, sowohl in der ambulanten als auch in der stationären Pflege. Unattraktive Arbeitsbedingungen, niedrige Löhne, aber auch die körperliche und psychische Arbeitsbelastung schrecken viele potenzielle Bewerber ab. Aufstiegsmöglichkeiten für das Personal gibt es im Pflegebereich kaum. Deshalb ist es notwendig, eine bessere Bezahlung und flexible Arbeitszeiten einzuführen. Es müssen mehr Ausbildungsplätze, bessere Qualifizie-

rungsmöglichkeiten und Anreize für Seiteneinsteiger geschaffen werden.

Auch eine verstärkte Anerkennung für den Pflegeberuf könnte einem Fachkräftemangel entgegenwirken. Sicher würden auch Assistenzsysteme sowie der Einsatz moderner Technologien die Pflegekräfte in ihrer Arbeit unterstützen. Ohne tiefgreifende Reformen und einschneidende Maßnahmen wird sich die Lage in der Pflege weiter verschärfen.

Nach den Bundestagswahlen im Februar muss die Politik diese Herausforderungen endlich erkennen und Lösungsansätze bzw. Reformvorschläge vornehmen. Es muss die Pflege zukunftsfähig gestaltet werden, für die Pflegebedürftigen aber auch für die Menschen, die diese betreuen. „In der Pflege ist es mit Stückwerk nicht mehr getan“, sagt Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes.

*Walter Heinrich
Seniorenbeirat Schwerin*

Mit Nullpromille in den Frühling!

Keine risikofreie Menge für unbedenklichen Alkoholkonsum

Ein Bierchen am Abend ist doch ok... Ist es das wirklich? Eine Zeit lang galt Alkohol in Maßen als akzeptabel. Ein Glas Bier oder Wein am Abend wurde sogar mit einer geringeren Sterblichkeitswahrscheinlichkeit in Verbindung gebracht.

Nun zeigt aber die Auswertung aktueller Daten, dass es keine risikofreie Menge für unbedenklichen Konsum gibt.

Alkohol ist eine toxische, psychoaktive und süchtig machende Substanz. Der Alkoholkonsum ist mit über 200 negativen gesundheitlichen Folgen verbunden, darunter fallen auch Krankheiten und Unfälle. Neben kurz-

fristigen Auswirkungen wie Unfällen und Gewalt erhöht Alkohol das Risiko für Krebserkrankungen, Herz-Kreislauf- und Lebererkrankungen.

Darum rät die DGE allen Personen, keinen oder möglichst wenig Alkohol zu trinken. Minderjährige, Schwangere und Stillende sollen ganz auf Alkohol verzichten.

Die DGE hat vier Risikostufen für den wöchentlichen Alkoholkonsum definiert:

- „**Risikofrei**“ sind laut DGE nur null Gramm Alkohol.
- „**Risikoarm**“ sind unabhängig vom Geschlecht maximal 27 Gramm Al-

kohol wöchentlich. Das entspricht maximal 280 Milliliter Wein oder maximal 660 Milliliter Bier (circa zwei kleine Bier pro Woche).

- Ein „**moderates Risiko**“ besteht laut DGE bei 27 bis 81 Gramm Alkohol pro Woche. Das entspricht einer Gesamtmenge von maximal 825 Milliliter Wein (etwas mehr als eine Flasche) oder zwei Liter Bier (circa vier große Flaschen) pro Woche.
- Als „**risikant**“ bezeichnet die DGE einen Alkoholkonsum von über 825 Milliliter Wein oder über zwei Liter Bier pro Woche.

Fortsetzung auf Seite 18

Am besten null Promille

Alkoholkonsum pro Woche – Risiko für negative Gesundheitsfolgen



			
Risikofrei 0 g / Woche	Risikoarm < 27 g / Woche	Moderates Risiko 27 - 81 g / Woche	Riskant > 81 g / Woche
<p>Es gibt keine sichere Alkoholmenge für einen unbedenklichen Konsum.</p>  <p><small>Quelle: DGE-Positionspapier Alkohol</small></p>	<p>bis insgesamt 280 ml oder 1-2 kleine Gläser Wein (Alkoholgehalt 12 % vol)</p> <p>oder: bis insgesamt 660 ml oder 1-2 kleine Flaschen Bier (Alkoholgehalt 5 % vol)</p> <p>oder: bis insgesamt 80 ml oder 2-4 Gläser à 0,02 l Spirituosen (Alkoholgehalt 38 % vol)</p>	<p>bis insgesamt 825 ml oder bis 5 kleine Gläser Wein (Alkoholgehalt 12 % vol)</p> <p>oder: bis insgesamt 2 l Bier oder bis 6 kleine Flaschen Bier (Alkoholgehalt 5 % vol)</p> <p>oder: bis insgesamt 250 ml oder bis 6 Gläser à 0,04 l Spirituosen (Alkoholgehalt 38 % vol)</p>	<p>> 825 ml oder mehr als 5 kleine Gläser Wein (Alkoholgehalt 12 % vol)</p> <p>oder: > 2 l oder mehr als 6 kleine Flaschen Bier (Alkoholgehalt 5 % vol)</p> <p>oder: > 250 ml oder mehr als 6 Gläser à 0,04 l Spirituosen (Alkoholgehalt 38 % vol)</p>

Welche Vorteile es hat, keinen Alkohol zu trinken zeigt z.B. eine Studie der Universität Sussex. Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen sollten vier Wochen auf Alkohol verzichten und berichteten, dass sie besser schliefen, mehr Energie besäßen, Gewicht verloren hätten und sich der Zustand ihrer Haut verbessert hätte. Auch Magen, Herz und Leber profitieren bereits nach kurzer Zeit von dem Verzicht. Probieren Sie es aus! Auf Genuss müssen Sie nicht verzichten! Auf dem Lebensmittelmarkt werden verschiedene alkoholfreie Biere oder auch Weine angeboten. Herstellen

bedingt können alkoholfreie Getränke noch bis zu 0,5 Volumenprozent Alkohol enthalten. Die Menge ist jedoch so gering, dass sie kaum physiologische Auswirkungen auf den menschlichen Körper haben. Die Bezeichnungen „ohne Alkohol“ oder „0,0 Prozent Alkohol“ sind dagegen nur zulässig, wenn ein Getränk wirklich überhaupt keinen Alkohol enthält. Bei solchen Getränken wird der Alkohol erst nach vollendeter Gärung mittels Destillierung entfernt oder mithilfe einer speziellen Entalkoholierungsanlage. Durch das Entfernen des Alkohols sind alkoholfreie Optio-

nen kalorienärmer – sie enthalten nur noch etwa ein Drittel der üblichen Kalorienmenge.

Kleiner Tipp: Möchten Sie auch auf Alkohol beim Kochen verzichten? Dann nehmen Sie dunklen Traubensaft oder Tomatenmark. Braten Sie es z. B. zusammen mit Fleisch und etwas Gemüse an. Die Farbe und die Röstaromen, die dabei entstehen, ähneln dem Effekt, den das Ablöschen mit Rotwein hat. Dunkle Soßen kann man auch wunderbar mit einem Riegel dunkler (mind. 60 Prozent Kakaoanteil) Zartbitterschokolade verfeinern. ■

Zusammen schaffen wir das: Ein Leben mit Demenz

Teil 2 – Ratgeber der Deutschen Alzheimer Gesellschaft M-V

Prävention spielt eine entscheidende Rolle im Umgang mit Demenz, da sie dazu beitragen kann, das Risiko der Erkrankung zu verringern oder den Verlauf der Krankheit zu verlangsamen. Es gibt zahlreiche Faktoren, die eine Demenz begünstigen. Dazu zählen erhöhte Cholesterinwerte, Übergewicht und zu hoher Blutdruck. Auch

Raucherinnen und Raucher sind mehr gefährdet als andere. Doch wer bewusst und gesund lebt, kann das Demenz-Risiko senken. Eine wesentliche Rolle bei der Vorbeugung spielen eine ausgewogene Ernährung und regelmäßige Bewegung. Genauso wichtig ist es aber, neben Schule, Ausbildung und Beruf Hobbys nachzugehen und

den Kontakt zu anderen Menschen zu suchen. Denn das menschliche Gehirn braucht Reize und Anstöße, um leistungsfähig zu werden und zu bleiben. Zahlreiche wissenschaftliche Studien haben gezeigt, dass körperlich fitte und geistig rege Menschen seltener mit einer Demenz leben. Vorbeugung lohnt sich also.

Wichtige Aspekte der Prävention im Zusammenhang mit Demenz

1. Gesunde Lebensweise: Eine ausgewogene Ernährung, regelmäßige körperliche Aktivität und der Verzicht auf schädliche Gewohnheiten wie Rauchen können das Risiko für Demenz senken. Eine mediterrane Ernährung, die reich an Obst, Gemüse, Vollkornprodukten, gesunden Fetten und Fisch ist, wird oft empfohlen, diese scheint vor Alzheimer und anderen Formen der Demenz zu schützen. Viel Obst, Gemüse, Fisch, Olivenöl und Vollkornbrot sollten deshalb auf dem Speiseplan stehen. Schweinefleisch und Milchprodukte wie fetter Käse und Butter sind dagegen nur in Maßen zuträglich.

Wer so auf seine Ernährung achtet, kann in der Regel auf zusätzliche Vitamin-, Folsäure- und Fischölpräparate verzichten. Curcuma scheint sich positiv auf die geistige Leistungsfähigkeit älterer Menschen auszuwirken, kann aber in Studien nicht den Verlauf einer Alzheimer-Demenz beeinflussen.



Deutsche Alzheimer Gesellschaft
Landesverband
Mecklenburg-Vorpommern e.V.
Selbsthilfe Demenz

2. Kognitive Aktivität: Geistige Herausforderungen, wie das Erlernen neuer Fähigkeiten, das Lösen von Rätseln oder das Lesen, können dazu beitragen, die kognitive Gesundheit zu fördern. Soziale Interaktionen und das Engagement in Gemeinschaftsaktivitäten sind ebenfalls wichtig.

Geistige Fitness! Wer in Beruf und Freizeit geistig rege ist, hat ein geringeres Risiko, später mit einer Demenz zu leben. Bis weit ins Rentenalter tragen kulturelle Aktivitäten, mathematische Knobelien oder kreative Hobbys dazu bei, ein gutes Gedächtnis zu bewahren. Aber auch bei alltäglichen Verrichtungen können wir unser Gehirn trainieren. Je früher wir damit anfangen, desto besser.

3. Herz-Kreislauf-Gesundheit: Da es einen Zusammenhang zwischen Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Demenz gibt, ist es wichtig, auf die Gesundheit des Herz-Kreislauf-Systems zu achten. Regelmäßige Bewegung, eine gesunde Ernährung und die Kontrolle von Blutdruck, Cholesterin und Blutzucker können helfen.

In Bewegung bleiben! Regelmäßige Bewegung fördert das körperliche Wohlbefinden und bringt das Gehirn auf Touren. Das gilt nicht nur für junge Menschen. Auch Seniorinnen und Senioren sollten Sport treiben, selbst wenn sie bisher keinen Wert darauf gelegt haben. Altersgerechte Angebote gibt es in fast jeder Gemeinde. Wichtig ist es aber auch, die Bewegung in den Alltag zu integrieren. Zum Briefkasten muss niemand mit dem Auto fahren.

4. Stressbewältigung: Chronischer Stress kann negative Auswirkungen auf die Gehirngesundheit haben. Techniken zur Stressbewältigung, wie Meditation, Yoga oder Achtsamkeit, können hilfreich sein.

5. Schlafqualität: Ausreichender und qualitativ hochwertiger Schlaf ist wichtig für die Gehirnfunktion. Schlafstörungen sollten ernst genommen und behandelt werden, um das Risiko für Demenz zu verringern.

6. Regelmäßige Gesundheitsuntersuchungen: Regelmäßige Arztbesuche und Gesundheitsuntersuchungen können helfen, Risikofaktoren frühzeitig zu erkennen und zu behandeln. Dazu gehören auch die Überwachungen von chronischen Erkrankungen.

7. Aufklärung und Sensibilisierung: Die Aufklärung über Demenz und deren Risikofaktoren kann dazu beitragen, dass Menschen proaktiv Maßnahmen ergreifen, um ihre kognitive Gesundheit zu schützen.

8. Soziale Unterstützung: Ein starkes soziales Netzwerk kann das Risiko

Die 12 Risikofaktoren für Demenz

geistige Inaktivität, soziale Isolation, Schwerhörigkeit, Kopfverletzungen, Bluthochdruck, Adipositas, Diabetes, unzureichende Bewegung, übermäßiger Alkoholkonsum, rauchen, Depressionen, Luftverschmutzung

für Demenz verringern. Soziale Aktivitäten und der Kontakt zu Freunden und Familie fördern das emotionale Wohlbefinden und die geistige Gesundheit.

Soziale Aktivitäten pflegen. Sie tragen nachweislich dazu bei, das Demenz-Risiko zu senken. Wer sich regelmäßig mit anderen Menschen austauscht, der fordert das Gehirn auf besonders vielfältige Weise und hält es in Schwung. Die Forschung weiß heute: Je mehr wir unter Leute gehen und uns gemeinschaftlich einbringen, desto größer ist unsere Chance, auch im Alter geistig fit zu sein.

<https://www.wegweiser-demenz.de/wwd/medizinisches/praevention>

kompakt. Demenz – Vorbeugen und Risiko senken



Alltagstipps für ältere Menschen und deren Angehörige für die Vorbeugung einer Demenz bzw. das Senken des Risikos an einer Demenz zu erkranken.
<https://shop.bzga.de/pdf/60582316.pdf>



Alt werden in Deutschland

Vielfalt im Alter – Empfehlungen der Wissenschaft umsetzen

Die Lebenssituationen älterer Menschen sind in Deutschland unterschiedlich und die Chancen auf Teilhabe sehr ungleich verteilt.

Das zeigt der 9. Altersbericht der Bundesregierung „Alt werden in Deutschland – Vielfalt der Potenziale und Ungleichheit der Teilhabechancen“ eindrucksvoll auf.

Persönliche Merkmale wie Geschlecht, Migrationshintergrund, Bildungsstand oder auch sexuelle Orientierung haben erheblichen Einfluss darauf, wie gut und selbstbestimmt wir unsere

höheren Lebensjahre gestalten können. Der Altersbericht zeigt auf, dass es mit der wachsenden Zahl älterer Menschen in der Gesellschaft auch eine steigende Zahl von Älteren gibt, die finanzielle Schwierigkeiten haben. Nach Ansicht der BAGSO ist materielle Sicherheit im Alter eine elementare Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe.

Gerade in Ostdeutschland ist die gesetzliche Rente häufig das einzige Einkommen. Deshalb muss es gelingen, die gesetzliche Rente auf hohem Niveau zu stabilisieren. Die BAGSO ist zudem besorgt über die offenbar sehr hohe Zahl älterer Menschen, die An-

spruch auf staatliche Unterstützung haben, diese aber nicht in Anspruch nehmen. Hier muss der Zugang dringend erleichtert werden: Ältere müssen aktiv dabei unterstützt werden, die Leistungen zu erhalten, die ihnen zustehen.

Die BAGSO unterstützt in ihrer Stellungnahme diese Empfehlungen der Sachverständigenkommission und fordert die politisch Verantwortlichen in Bund und Ländern zum Handeln auf.

https://www.bagso.de/fileadmin/user_upload/bagso/06_Veroeffentlichungen/2025/Stellungnahme_Neunter_Altersbericht_Alt_werden_in_Deutschland.pdf ■

Deutsche Bahn lenkt bei Sparpreisen ein

BAGSO mahnt weitere Schritte für analoge Zugänge an

Die Deutsche Bahn hat Medienberichten zufolge angekündigt, mit dem Fahrplanwechsel am 15. Dezember 2024 Sparpreistickets wieder ohne Angabe von E-Mail-Adresse oder Mobilfunknummer am Schalter anzu-

bieten. Damit werden Menschen, die keinen Zugang zum Internet haben oder hohen Wert auf den Schutz ihrer Daten legen, nicht länger von den vergünstigten Tickets ausgeschlossen. Die BAGSO begrüßt die Entschei-

dung und fordert die Deutsche Bahn auf, auch die BahnCard wieder ohne E-Mail-Adresse und digitales Kundenkonto anzubieten. Sie hat wiederholt gegen die Digitalisierungsstrategie der Deutschen Bahn protestiert. ■

Pflegepolitischen Stillstand beenden

BAGSO fordert Politik zu zügigem Handeln auf

Nach dem vorzeitigen Ende der Regierungskoalition rücken längst überfällige Reformen in der Pflege in noch weitere Ferne. Bereits fortgeschrittene Gesetzesvorhaben wie das Pflegefachassistenz-einführungsgesetz und das Pflegekompetenzgesetz stehen in Gefahr, nicht wie geplant beschlossen zu werden.

Eine von Bundesgesundheitsminister Lauterbach wiederholt angekündigte Pflegereform ist nach dem Bruch der Bundesregierung hinfällig.

Lediglich eine erneute Beitragssatzsteigerung für 2025 wurden noch umgesetzt, um eine Zahlungsunfähig-

keit der Pflegeversicherung zu verhindern. In Anbetracht der akuten Versorgungsdefizite fordert die BAGSO die Fraktionen des Deutschen Bundestages auf, die noch ausstehenden pflegepolitischen Vorhaben noch umzusetzen.

Trotz wachsenden Bedarfs fehlen bereits jetzt und perspektivisch erwerbstätige Pflegekräfte in hoher Zahl.

Immer mehr pflegende Angehörige sind überlastet. Die politischen Verantwortlichen müssen in dieser angespannten Lage handeln und die geplanten pflegepolitischen Vorhaben verabschieden.

Von der neuen Regierung fordert die BAGSO, dass sie eine grundlegende Reform der Pflege zu einem zentralen Vorhaben ihrer Regierungszeit macht. Die Reform muss eine stabile und sozialverträgliche Finanzierung der Kosten für die Pflege umfassen.

Pflegende Angehörige, die den Großteil der Pflegebedürftigen versorgen, müssen bedarfsgerecht entlastet und unterstützt werden. Pflegebedürftigkeit muss zudem möglichst lange verhindert werden, zum Beispiel durch altersfreundliche Umgebungen in den Kommunen und mehr Prävention im Versorgungssystem. ■

LANDKREIS NORDWESTMECKLENBURG



Landkreis
Nordwestmecklenburg
wo die Seele lächelt...

Sicherstellung der pflegerischen Versorgung

Am 28. November 2024 fand in Grevesmühlen die 5. Pflegekonferenz Nordwestmecklenburg statt. Geladen waren Vertreter der Städte und Gemeinden im Landkreis, Leistungserbringer, Verantwortliche der Gesundheitskassen und Fachleute aus der Medizin. Landrat Tino Schomann begrüßte die Anwesenden. Dr. Dietrich Engels, Geschäftsführer des Instituts für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik Köln, und Thorben Frie berichteten zur kommunalen Pflegesozialplanung, sowie zu Angeboten für hilfe- und pflegebedürftige Menschen. Dr. Dietrich Engels führte aus, dass es in Nordwestmecklenburg (NWM) innerhalb der letzten 10 Jahre einen dynamischen Anstieg der Menschen ab dem 60. Lebensjahr um 26 Prozent gab. Ab 2024 ist der Anstieg auf 31 Prozent zu erwarten. Auch die Menschen, die an Demenz erkranken, wird um 44 Prozent steigen. Im Vorfeld der Konferenz wurden bereits in Workshops Themen zwischen den Beteiligten besprochen.

Nach der Präsentation fand unter den Teilnehmern ein reger Austausch statt. Durch den Landrat wurde betont, dass der Landkreis die Weiterentwicklung der Gesundheitsförderung und -pflege der Menschen in NWM unterstützt. Er sagte, dass im Rahmen der Pflegesozialplanung immer wieder die Schwierigkeiten in der Vorhaltung der Plätze für Kurzzeitpflege bestehen. Diese spielen für die Pflegebedürftigen und deren Angehörigen eine wichtige Rolle. Ein weiterer Schwerpunkt war auch die Versorgung im ländlichen Raum. Die derzeitige Mitarbeiterzahl in den ambulanten Diensten kann jedoch mit der stetig wachsenden Anzahl an pflegebedürftigen Personen nicht mithalten.

Laut Dr. Dietrich Engels gibt es im gesamten Landkreis fünf Ämter und Gemeinden, in denen es keine Tagespflege gibt. Bei altersgerechtem Wohnen sind die Gemeinden recht gut aufgestellt.

Von den Teilnehmenden wurde weiterhin ausgeführt, dass die Ausbil-

dungsberufe in den vergangenen Jahren nicht ausreichend honoriert und wertgeschätzt wurden. Deshalb appellierten die Teilnehmer der Konferenz an das Land Mecklenburg-Vorpommern und den Bund, endlich die geeigneten Voraussetzungen zur Behebung des Problems zu schaffen. Ein weiteres Thema beinhaltete den Wunsch der älteren Menschen, bei eintretender Pflegebedürftigkeit so lange wie möglich in der eigenen Wohnung bleiben zu können, bzw. im gewohnten Umfeld gepflegt zu werden. Das gleiche wünschen sie sich auch nach einem Krankenhausaufenthalt. In diesen Fällen müssen die sogenannten Nachversorger viel enger zusammenarbeiten, um die erforderliche Hilfe bieten zu können.

Weitere Informationen

zu den Pflegestützpunkten und der Pflegesozialplanung in NWM unter: <https://www.nordwestmecklenburg.de/>

Brigitte Gluth

LANDKREIS LUDWIGSLUST-PARCHIM



LANDKREIS
LUDWIGSLUST-PARCHIM
RAUM FÜR ZUKUNFT

Förderung für Sportgemeinschaft Ludwigslust/Grabow

Sport-Staatssekretärin Sylvia Grimm überreichte im Januar einen Fördermittelbescheid an die Sportgemeinschaft 03 Ludwigslust/Grabow. Mit Landesmitteln aus dem Bürgerfonds sollen zusätzliche Sportgruppen im Gesundheitssport aufgebaut werden. Sport ist Prävention und zugleich der Schlüssel für ein ausgeglichenes, gesundes Leben. Dem Gesundheitssport kommt hierbei eine besondere Bedeutung zu, denn er legt den Fokus auf die Stärkung der eigenen Ressour-

cen, die Verminderung von persönlichen Risikofaktoren und den Umgang mit bestehenden Beschwerden. Mit Unterstützung des Landessportbundes und des Landes sollen neue Sportgruppen für alle Generationen aufgebaut und zusätzliche Übungsleiterinnen und Übungsleiter gewonnen werden, um das Angebot im Gesundheitssport zu verbreitern. Es sind Sportangebote für Kinder, Jugendliche, aber auch für Altenheimbewohner sowie für den Rehasport ange-

dacht. Neben der anleitenden Tätigkeit selbst sollen die Übungsleiterinnen und Übungsleiter zudem als Ansprechpartner für die ehrenamtlichen Trainerinnen und Trainer fungieren und Strukturen aufbauen, die das Ehrenamt im Sport in der Region weiter stärken. Damit sollen Voraussetzungen geschaffen werden, um langfristig junge Menschen an den Sport heranzuführen und Seniorinnen und Senioren zielgerichtet beim gesunden Altern zu unterstützen. ■



HANSESTADT ROSTOCK

Erfolgreicher Abschluss acht ehrenamtlicher Digitalbegleiter

Am Institut für neue Medien in Rostock wurde jüngst der erste SilverSurfer-Kurs abgeschlossen. Acht Seniorinnen und Senioren erhielten in einer zweieinhalbwöchigen Ausbildung das nötige Know-how, um anderen älteren Menschen den Umgang mit Smartphones und Computern zu erleichtern. Als ehrenamtliche Digitalbegleiter teilen sie ihr Wissen künftig unentgeltlich in selbst organisierten Schulungen oder individuellen Hilfsangeboten.

Unter anderem wurden Themen wie Fotografie, Suchmaschinen, IT-Sicherheit, Online-Shopping, Apps, soziale Netzwerke und digitaler Nachlass abgedeckt. „Das Interesse und die Lernbereitschaft der Teilnehmer waren beeindruckend“, resümierte Kursleiter Tom Braun. Ziel ist es, die Ausbildung regelmäßig anzubieten, um noch mehr ältere Menschen für die digitale Unterstützung zu gewinnen. Die Initiative „SilverSurfer“ richtet sich speziell an Seniorinnen und Senioren, die mit der digitalen Welt vertraut sind und sich zutrauen, ihr Wis-



Ein voller Erfolg: Acht neu zertifizierte SilverSurfer und die drei Dozenten.

sen weiterzugeben. Der Name „SilverSurfer“ bezieht sich auf die silbernen Haare vieler Engagierter (engl. silver = Silber, surfer = Wellenreiter).

Landesweit werden Kurse zur Ausbildung dieser ehrenamtlich Engagierten vom Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport M-V gefördert. Für die Durchführung des Rostocker Kurses waren neben Tom Braun auch Dr. Bernd Karstens und Hans-Peter

Jeschke als Dozenten aktiv. Das Institut für neue Medien sucht weiterhin interessierte Senioren, die in ihrer Freizeit anderen den Weg in die digitale Welt erleichtern möchten.

Interessierte können sich beim Institut für neue Medien, Friedrichstraße 23, Rostock, Tel.: 0151 24164347, E-Mail: ausbildung-silversurfer@ifnm.de anmelden.

Selina Wippler

Themenwoche „KI in der Medizin“ in Rostock

Die Themenwoche ist eine interaktive Ausstellung vom 6. bis 19. Juni 2025 im Foyer und vor dem Rathaus Rostock, die den Besuchern durch verschiedene Stationen und Formate einen einfachen Zugang zum Thema KI in der Medizin ermöglicht.

Zur Vorbereitung der KI-Themenwochen wurde ein Beirat gegründet in dem auch Peter Lundershausen vom Kreissenorenbeirat Mecklenburgische Seenplatte mitwirkt.

Ziel ist es in vier Schwerpunkten, das Interesse zu wecken und Bürger für die KI in der Medizin zu begeistern, das Verständnis zu fördern und Funktionsweise, Einsatzgebiete,

Chancen und Risiken von KI zu erklären, Teilhabe und Dialog zu ermöglichen und eine informierte Diskussion über den KI-Einsatz in der Gesundheitsversorgung anzuregen sowie Reflexionen anregen um die Folgen des KI-Einsatzes in der Medizin zu überdenken.

Die Zielgruppen sind dabei ältere Bürger der Stadt ab 60 Jahre, Patienten mit regelmäßigem Versorgungsbedarf und deren Angehörige, Gesundheitsdienstleister, Ärzte und Pflegekräfte, Fachleute aus Ethik und Politik. Derzeit laufen 20 Projekte zu unterschiedlichen medizinischen Themen, wie synthetische Patientenda-

ten, Schlafapnoe-Erkennung, Sepsis-Früherkennung, Hautkrebsscanner, Gebärmutterkrebs-Erkennung, Demenzerkennung, Stressbewältigung, Pflege, Langlebigkeit und andere.

Die interaktive Ausstellung im Rostocker Rathaus beinhaltet auch Podiumsdiskussionen und persönliche Gespräche mit den Forschenden.

Am 3. Dezember gab es dazu die Auftaktveranstaltung, an welcher Herr Lundershausen teilgenommen hat. Der Beirat will dabei auch eine Plattform schaffen, die Wissenschaft, Wirtschaft, Kunst und Theater miteinander verbindet.

LANDKREIS ROSTOCK



Landkreis Rostock
So weit. So gut.

Neuer Seniorenbeirat und Vorstand im Landkreis Rostock

Der Landkreis Rostock zählt 23 Ämter und amtsfreie Gemeinden. Genauso viele Mitglieder wurden dem Kreistag des Landkreises Rostock für die neue Legislaturperiode im Seniorenbeirat vorgeschlagen. Die Kreistagsmitglieder des Landkreises Rostock benannten und bestellten am 11. Dezember 2024 die stimmberechtigten Mitglieder für den Seniorenbeirat.

Damit war die Voraussetzung geschaffen, um die konstituierende Sitzung durchführen zu können. Diese fand am 13. Januar 2025 im ovalen Saal des Großen Palais in Bad Döberan statt. Ein wunderbarer Ort mit einem besonderen Rahmen. Veikko Hackendahl als Kreistagspräsident, Anja Kerl, stellvertretend für den Landrat, Ina-Maria Fahning als Leiterin des So-

zialamtes und Roman Stieler als Integrationsbeauftragter des Landkreises waren als Gäste zugegen.

Eine besondere Ehrung erfuhr Ingrid Rambow. 20 Jahre im Seniorenbeirat, was für ein herausragendes Engagement. Herr Hackendahl würdigte dies im besonderen Maße und bedankte sich für ihre erfolgreiche Ehrenamtsarbeit. Viele Jahre lang hat sie nicht nur den Seniorenbeirat in Rerik begleitet, sondern sich insbesondere um die Bildung von neuen Seniorenbeiräten in anderen Gemeinden des Landkreises bemüht. Die Ehrung wurde mit viel Applaus begleitet.

Dem Kreistagspräsidenten oblag es dann, die konstituierende Sitzung zu eröffnen. Eine besondere Geste war die Übergabe der Ernennungsurkun-



Ingrid Rambow (links im Bild) wurde für ihr herausragendes Engagement geehrt

de an jedes Beiratsmitglied. Im Anschluss erfolgte die Wahl der Vorstandsmitglieder. Interessierte Beiratsmitglieder für diese Funktion stellten kurz ihre Beweggründe und Ziele für die zukünftige Arbeit vor. Dann erfolgte die Abstimmung. Mit knapper Mehrheit wurde Mirko Flora zum neuen Vorsitzenden des Seniorenbeirates gewählt. Herzlichen Glückwunsch. Die beiden weiteren Vorstandsmitglieder, Dr. Bernd Krumpolt und Renee Recke, wurden jeweils mehrheitlich für das Amt gewählt. Auch ihnen herzlichen Glückwunsch. Damit sind der neue Beirat und der Vorstand für die jetzige Legislaturperiode etabliert. Gleichzeitig beginnt nun für die Arbeit des Beirates eine neue Ära. Der Staffelstab wurde von dem langjährigen Vorsitzenden Jürgen Lorenz an die nächste Generation weitergegeben. Wir möchten uns an dieser Stelle insbesondere für seine Arbeit im Vorstand recht herzlich bedanken. Zu den ersten Maßnahmen des neuen Beirates wird gehören, die anstehenden Aufgaben zu benennen, Arbeitsgruppen zu etablieren sowie Struktur und Vernetzung im Landkreis voranzubringen. Wir wünschen uns allen eine erfolgreiche Zeit und eine gute Zusammenarbeit mit dem Landkreis Rostock, den Gemeinden in der Region und dem Landesseniorenbeirat Mecklenburg-Vorpommern.



Die Mitglieder des Seniorenbeirats des Landkreises Rostock nach der Ehrung mit einer Ernennungsurkunde durch den Kreistagspräsidenten

Fotos: Marie Jonas

Renee Recke

Seniorenbeirat Krakow am See setzt sich Ziele für 2025

Teilhabe ermöglichen und Einsamkeit bekämpfen

„Wir wollen auf die Teilhabe von Senioren am gesellschaftlichen Leben achten und aktiv die Einsamkeit im Alter bekämpfen.“ Dieses Ziel setzte sich der neue Vorstand des Seniorenbeirates Krakow am See und verkündete es bei der ersten Mitgliederversammlung im Dezember 2024. Unter anderem soll die Mobilität für die Senioren erleichtert werden. Dazu gehören zum Beispiel unsere Schotterwege zu verbessern, damit sich ältere Menschen mit Rollatoren darauf besser fortbewegen können. Auch soll es mehr Hundekotbeutelspender und Mülleimer in Krakow am See geben.

„Wie ärgerlich ist das denn, wenn man mit dem stinkenden Rollator im Heim-Zimmer oder in der Wohnung eintrifft!“, beklagte eine Teilnehmerin.

Plauderbank für Gespräche mit anderen

Im Winter werden die Bänke an der Seepromenade abgebaut. Das soll sich ändern, denn auch in der kalten Jahreszeit möchten Senioren Orte zum Ausruhen haben. Dazu steht der Seniorenbeirat mit dem Tourismusverein und mit dem Sozialausschuss in Kontakt. Eine ganz besondere Idee ist die Plauderbank. Wer sich dort hinsetzt, signalisiert, dass er oder sie gerne mit jemandem ins Gespräch kommen möchte, ein niederschwelliges Angebot, das einsamen Menschen die Kontaktaufnahme erleichtert.

Die Situation der öffentlichen Toiletten in Krakow am See ist ein weiteres Problem, das Senioren mehr belastet als jüngere Menschen. „Durch hohe Vandalismusschäden und saisonbedingte Schließungen gibt es kaum öffentliche Toiletten in der Stadt“, erläutert die Vorsitzende Dagmar Kluge, die das Problem aus den Beratungen der Stadtvertretung kennt. Auch



Der neue Vorstand des Seniorenbeirates Krakow am See: Dagmar Kluge (Erste Vorsitzende), Ronald Lange (Kasse und Finanzen), Sabine vom Bruch (Zweite Vorsitzende) und Reinhold Mühlich (Schriftführung)

Foto: Sabine vom Bruch

hierzu will der Seniorenbeirat Lösungen finden. In Planung ist auch ein Tag der Familie und Senioren im Mai 2025, auf dem die Krakower Familien sich unter anderem über verschiedene Angebote und Einrichtungen für Senioren informieren können. Angedacht sind Infostände der sozialen Träger und der Vereine mit ihren Angeboten. Und Polizei und Feuerwehr werden ihre Präventionsarbeit vorstellen.

Welche Angebote gibt es für Senioren?

Um darüber zu informieren zu können, wird der Seniorenbeirat als erstes eine Bestandsaufnahme aller Angebote für Senioren in Krakow am See erstellen. „Viele wissen gar nicht, welche Aktionen oder Veranstaltungen angeboten werden, diese wollen wir bekannter machen.“ Dabei sind

auch Informationsveranstaltungen oder Workshops zur digitalen Teilhabe angedacht, die die Senioren im Umgang mit Computer, Smartphone oder Tablet schulen. Diese Idee fand großen Anklang.

Kontakt zum Seniorenbeirat

Wer sich aktiv für die Belange der Senioren in Krakow am See einsetzen möchte, kann den Vorstand bei den öffentlichen Beiratssitzungen ansprechen oder sich direkt an den Vorstand wenden.

Erste Vorsitzende:

Dagmar Kluge:
dagmarkluge62@gmail.com

Zweite Vorsitzende:

Sabine vom Bruch
sabinevombruch@gmx.de

Sabine vom Bruch

LANDESHAUPTSTADT SCHWERIN

Annegret Bemann wird erste Vorsitzende des Seniorenbeirates in Schwerin

Ein historischer Moment für die Landeshauptstadt Schwerin: Annegret Bemann wurde zur Vorsitzenden des Seniorenbeirates gewählt und ist damit die erste Frau, die dieses Amt seit der Gründung des Beirates innehat. „Darauf bin ich besonders stolz“, äußerte sie nach ihrer Wahl.

Ihre über 12-jährige Erfahrung in der Seniorenarbeit in Schwerin, die mehrjährige Erfahrung im Seniorenbeirat und ihr Engagement in verschiedenen Gremien und Vereinen machen sie zu einer kompetenten und leidenschaftlichen Vertreterin der Senioreninteressen. „Seniorenarbeit ist für mich eine Herzenssache“, betont sie und zeigt damit ihr tiefes Verständnis für die Herausforderungen, mit denen ältere Menschen konfrontiert werden.



Annegret Bemann, 1. Vorsitzende des Seniorenbeirates Schwerin

Foto: Seniorenbeirat Schwerin

Als neue Vorsitzende plant Bemann, auf eine offene und transparente Teamarbeit zu setzen. „Es gilt viel zu organisieren und alte Strukturen aufzubrechen“, erklärt sie. Ihr Ziel ist es, den Seniorenbeirat aktiv zu modernisieren und die Bedürfnisse der älteren Generation in den Mittelpunkt zu stellen.

Unterstützung erhält sie dabei von Franziska Schleiff, die seit Dezember 2024 als neue Behinderten- und Seniorenbeauftragte der Stadt tätig ist. Gemeinsam wollen sie die Seniorenarbeit in Schwerin voranbringen und neue Impulse setzen.

Die Wahl von Annegret Bemann markiert einen bedeutenden Schritt in der Geschichte des Seniorenbeirates und verspricht eine positive Entwicklung für die Seniorenarbeit in Schwerin. ■

Seniorenbüro Schwerin feierte 30. Geburtstag

„Vorhang auf für 30 Jahre erfolgreiche Seniorenarbeit“. Unter diesem Motto feierten 120 Gäste das 30-jährige Jubiläum des Seniorenbüros Schwerin im Perzina-Saal.

Im Beisein von Oberbürgermeister, Stadtpräsident, Vertretern aus Kommunalpolitik und Verwaltung, sowie Kooperationspartnern präsentierten die Vereinsvorsitzende Helga Bompitz und die Geschäftsführerin Christine Dechau Meilensteine, Streiflichter und einen Faktencheck zur Arbeit der Einrichtung. Anschließend gestalteten die Musik-, Film-, Mode-, Theater-, Tanzgruppe sowie die Niederdeutsche Gruppe ein abwechslungsreiches Rahmenprogramm für die Gäste.

Bereits am 16. September 1994 wurde das Seniorenbüro Schwerin durch die damalige Parlamentarische Staatssekretärin Roswitha Verhülsdonk des Bundesministeriums für Familie, Se-



Festveranstaltung 30 Jahre Seniorenbüro Schwerin

Foto: Seniorenbüro Schwerin

nieren, Frauen und Jugend eröffnet. Ursprünglich in einem Bundesmodellprogramm als Anlaufstelle für die Engagementförderung älterer Men-

schen konzipiert, ist das Spektrum der Aktivitäten entsprechend der gesell-

Fortsetzung auf Seite 26

Fortsetzung von Seite 25

schaftlichen Entwicklung immer breiter geworden. Heute ist das Seniorenbüro Schwerin auf lokaler Ebene gut vernetzt, bündelt Angebote und Hilfen für ältere Menschen, arbeitet fachbezogen mit anderen Trägern zusammen und prägt die kommunale Sozialplanung mit.

Das Seniorenbüro Schwerin bietet trägerunabhängige Fachberatung zu allen Fragen des Älterwerdens in der Kommune und Region. Es steht für ein aktives Alter, entwickelt hilfreiche Angebote, verwirklicht interessante Projekte und macht sich stark für die erforderlichen Strukturen vor Ort. Es ist zu einer Anlaufstelle für alle geworden, die Gesellschaft, Rat, Unterstützung, Weiterbildung, Aktivität oder Möglichkeiten des freiwilligen Engagements suchen. Es ist ein Treffpunkt für Begegnung und Bildung, für kulturelle Teilhabe, für gemeinsame Freizeit, für Generationen übergreifendes Engagement, für Freude und Freundschaften im Ehrenamt. Somit leistet es professionell, aber auch mit viel Herzblut in der Stadt, einen unschätzba-

ren Dienst, das betonten Dr. Rico Badschier und Sebastian Ehlers in ihren Grußworten. Die Erfolge verdankt das Seniorenbüro Schwerin den vielen Engagierten, Förderern und Kooperationspartnern.

„Durch unsere ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist das Leben in unserer Einrichtung bunt und vielfältig geworden“, so Christine Dechau, „da wird gelernt, getanzt, gemalt, gebastelt, gefilmt, geschauspielert, fotografiert, gelacht, gestritten u.v.m. Wöchentlich besuchen etwa 400 Seniorinnen und Senioren das Seniorenbüro Schwerin, die in 40 unterschiedlichen thematischen Gruppen teilnehmen, u. a. in den Bereichen Kunst, Kultur und Literatur, Bewegung und Gesundheit, Sprachen, Umgang mit neuen Medien etc. Ca. 200 Ehrenamtliche engagieren sich in den unterschiedlichsten Bereichen, Projekten und Initiativen unserer Einrichtung.“

Die freiwillig Engagierten sind in ihren Aufgaben- und Tätigkeitsfeldern hochmotiviert und engagieren sich seit mehreren Jahren für sich und andere im Gemeinwesen. Sie investieren

Zeit, Energie und Leidenschaft, um das Leben anderer zu bereichern. Für den Einsatz, das Engagement und die geschenkte Zeit bedankten sich der Vorstand des Trägervereins und die Geschäftsführerin des Seniorenbüros Schwerin im Rahmen der Jubiläumsveranstaltung. Ein großes Dankeschön ging ebenfalls an die Förderer aus Kommune und Land sowie die Kooperationspartner aus den Netzwerken der AG „Altenarbeit“, dem Schweriner Bündnis für Familie und dem Fachkreis „EiS – Ehrenamt in Schwerin“, die die Arbeit aktiv unterstützen.

Filmtipp:

Streiflichter unserer Arbeit unter dem Link:

<https://medienanstalt-mv.de/media-thek/play/55007-metronom-12-2024.html>

Weitere Informationen

zur Arbeit des Seniorenbüros Schwerin unter dem Link:

<https://www.seniorenbuero-schwerin.de>

*Christine Dechau
Geschäftsführerin*

LANDKREIS MECKLENBURGISCHE SEENPLATTE

Senioren in Bewegung – Land fördert Sportangebote für Ältere

Sportministerin Stefanie Drese hat am 22. Januar 2025 einen Zuwendungsbescheid in Höhe von 49.000 Euro an den Kreissportbund (KSB) Mecklenburgische Seenplatte übergeben. Mit den Landesmitteln aus dem Bürgerfonds sollen neue Bewegungsangebote geschaffen werden, die auf die Bedarfe von Seniorinnen und Senioren zugeschnitten sind.

„Sport ist essenziell für ein gesundes Älterwerden. Wer aktiv bleibt, beugt Krankheiten vor, stärkt das Herzkreislauf-System, senkt das Risiko für Demenz und Diabetes und trainiert das Gleichgewicht und die Koordination.

Wer im Verein oder in Gruppen Sport treibt, profitiert zudem von den sozialen Kontakten, die effektiv der Einsamkeit im Alter vorbeugen können“, betonte Drese bei der Übergabe des Förderbescheids.

Wichtig sei es dabei, die sportlichen Übungen und Belastungen dem Alter anzupassen. Moderate Intensitäten und Sportarten, die insbesondere auf die Ausdauer setzen, sind hierfür besonders geeignet.

„Im Projekt sind deshalb unter anderem leichte gemeinsame Wanderungen, etwa durch den Müritz-Nationalpark, geplant“, erklärte die Ministerin. Insgesamt sollen vier neue Angebote

entstehen und auch die Einführung eines Sportabzeichens für die ältere Generation sei als Motivationsantrieb im Gespräch.

Mit Unterstützung des Landes, des Landessportbundes sowie kommunale Mittel können nun zudem beim KSB Strukturen geschaffen werden, die neben den Sportangeboten auch die Präventionsarbeit und Vernetzung weiter vorantreiben. Dazu gehört etwa die jährliche Durchführung von Gesundheitsfachtagen und die Kooperation mit den Vereinen vor Ort, um seniorenfreundliche Angebote im Landkreis insgesamt zu etablieren. ■

LANDKREIS VORPOMMERN-GREIFSWALD

Erfahrungsaustausch der Seniorenbeiräte

Am 4. September trafen sich die drei Seniorenbeiräte der Städte Ueckermünde, Eggesin und Torgelow in der Eggesiner Kulturwerkstatt, Stettiner Straße 1 B zu einem gemeinsamen Erfahrungsaustausch. Eingeladen waren auch die Bürgermeisterin der Stadt Eggesin Bianca Schwibbe und der Vorsit-



Foto:
Seniorenbeirat
Eggesin

Die Mitglieder während des Erfahrungsaustausches

zende des Kreissenorenbeirates Herbert Kautz. Frau Schwibbe begrüßte die Anwesenden und gab ein Lagebild des künftige Wohnraumkonzeptes, insbesondere für ältere Bürger, mit Neugestaltung der Eggesiner Stadtmitte bekannt. Es ist vorgesehen, leerstehende Plattenbaublöcke abzureißen, um einen attraktiveren Wohnraum mit Symbiose für Alt und Jung

zu schaffen. So konnten sich die Ueckermünder, Torgelower und Eggesiner Mitglieder der Seniorenbeiräte ein genaueres Bild vom künftigen Eggesin machen. Herr Kautz berichtete hauptsächlich vom Ehrenamt der Seniorenbeiräte auf Landes-, Kreis- und Kommunalebene. Für alle Beteiligten war es sehr interessant Definitionen über Begrifflichkeiten des Ehrenam-

tes zu hören. Er verwies auch darauf, wie eine vielseitige Vernetzung der Ehrenämter genutzt und erweitert werden kann, damit eine generationsübergreifende Arbeit funktioniert. Im Erfahrungsaustausch stellten die Vorsitzenden der Seniorenbeiräte der Städte Torgelow, Michael Blaha, Ueckermünde, Man-

fred Quägber, und Eggesin, Reinhard Höhn, ihre bisherige Arbeit in den Beiräten der vergangenen Jahre vor. Anschließend wurden Vorschläge der künftigen Zusammenarbeit aller drei Beiräte unterbreitet und beschlossen. Eine nächste Zusammenkunft wird für den Oktober 2025 vorgesehen.

Reinhard Höhn

Vorsitzender Seniorenbeirat

Nachruf Kreissenorenbeirat Vorpommern-Greifswald

Unser Mitglied und erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Kreissenorenbeirates Vorpommern-Greifswald, Leonhard Bienert, ist am 15. Oktober 2024 im Alter von 77 Jahren verstorben. Wir konnten ihn auf seinem letzten Weg am 8. November 2024 begleiten und tief betroffen von ihm Abschied nehmen.

Leo, wie wir ihn nannten, engagierte sich seit 2011 mit vollem Einsatz und immer gut vorbereitet in unserem Beirat. Seine Art Fragen aufzuwerfen, deren Wesen darzulegen und zu Lösungen beizutragen, waren stets konstruktiv. Weit über sein Engagement im KSB hinaus agierte er sich beispielhaft einsatzbereit auch in den verschiedensten Terminen, wie Ehrenamtsmessen, Regionalkonferenzen, Herbsttagungen, im Altenparlament und in Vertretung des KSB und anderen Gremien sowie in der Seniorenarbeit mit der Greifswalder Partnerstadt Osn-



Leonhard Bienert

Foto: Kreissenorenbeirat
Vorpommern-Greifswald

brück. Leo war bereits seit 2005 nach seiner beruflichen Tätigkeit im KKW Greifswald (heute EWN), engagiert ehrenamtlich bei der Betreuung der EWN-Senioren tätig und entwickelte diese Seniorengemeinschaft zur größten und erfolgreichsten im Kreisgebiet, die monatlich tagte. Auf diesen Treffen konfrontierte er die Bundeskanzlerin, den Ministerpräsidenten, Bundes- und Landtagsabgeordnete, Justizministerin und Kriminalpolizei in der Seniorengemeinschaft vor Ort mit wichtigen Themenkomplexen. Höhepunkte seiner ehrenamtlichen Arbeit waren die alle zwei Jahre stattfindenden Greifswalder Seniorentage und die Mitwirkung an den 2. Landes-

niorentagen im Landkreis mit einem breiten Veranstaltungsangebot.

2015 wurde er wegen seines Engagements zum Vorsitzenden des Seniorenenbeirates der Hanse- und Universitätsstadt Greifswald gewählt. Auch hier leistete er eine ausgezeichnete und beispielhafte Ehrenamtsarbeit. In Würdigung seiner vielseitigen und erfolgreichen ehrenamtlichen Tätigkeit wurde er 2016 zur Auszeichnung mit dem „Silbernen Greifen“ der Stadt Greifswald vorgeschlagen. Im selben Jahr konnte auf Vorschlag des KSB Leo mit dem Ehrenamtspreis des Landkreises ausgezeichnet werden. Einzig seine gesundheitlichen Einschränkungen zwangen ihn nach und nach zum Kürzertreten. Wir hätten gern noch weiter mit ihm zusammengearbeitet. **Zusammen mit seiner Familie trauern wir um ihn. Wir halten sein Andenken in Ehren.**

Herbert Kautz, Vorsitzender

Wege aus der Pflege-Krise

Bürgerversicherung kann Kostenexplosion stoppen

Ein Gutachten des Gesundheitsökonomen Prof. Dr. Rothgang zeigt Lösungen auf, wie die Leistungsfähigkeit und die Finanzierung der Pflegeversicherung nachhaltig gewährleistet werden können. Das Gutachten wurde von einem breiten Bündnis in Auftrag gegeben.

Die Einführung einer Bürgerversicherung in der Pflege kann eine notwendige Ausweitung der Pflegeleistungen hin zu einer vollständigen Übernahme aller pflegebedingten Kosten finanzieren. Das belegen aktuelle Zahlen des Gesundheitsökonomen Prof. Dr. Rothgang.

Dazu Prof. Dr. Heinz Rothgang, Professor für Gesundheitsökonomie und Versorgungsforschung an der Universität Bremen wörtlich: „Unser Gutachten zeigt, dass eine Vollversicherung – auch langfristig – im Rahmen der Sozialversicherung finanzierbar ist, ohne den Beitragssatz wesentlich erhöhen zu müssen, wenn die Pflegeversicherung gleichzeitig zu einer Bürgerversicherung weiterentwickelt wird, in die alle einzahlen und in der alle Einkommensarten beitragspflichtig sind.“

Dr. Joachim Rock, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes dazu: „Jetzt haben wir schwarz auf weiß, wie wir die Pflegeversicherung aus der Krise holen und die Explosion der Pflegekosten für Betroffene stoppen können.“

Die solidarische Pflegevollversicherung gehört ganz oben auf die To-do-Liste einer neuen Bundesregierung.“ Laut einer aktuellen Forsa-Umfrage zur Bundestagswahl 2025 sehen die Menschen in Deutschland den Bereich Gesundheit und Pflege als wichtigstes politisches Handlungsfeld.

„Pflegebedürftige Menschen erwarten zu Recht gut gepflegt zu werden. Um qualifizierte Pflegekräfte zu

gewinnen und zu halten, braucht es gute Arbeitsbedingungen und faire Löhne. Das hat seinen Preis. Damit sich alle eine gute Pflege leisten können, muss die nächste Bundesregierung die Pflegeversicherung gerecht aufstellen.

Die Menschen im Land wollen eine solidarische Absicherung der Lebensrisiken, das zeigt der Sozialstaatsradar 2025“, sieht das Sylvia Bühler, Mitglied Bundesvorstand, Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di.

Dr. Manfred Stegger, Vorsitzender des BIVA-Pflegeschatzbundes unterstreicht: „Im Pflegefall kommt der einzelne Betroffene schnell an absolute finanzielle Grenzen. In unserem Sozialstaat sollten die Menschen darauf vertrauen können, dass eine solidarische Versicherung, die das Wort ‘Pflege’ im Namen trägt, das reine Pflegerisiko auch voll abdeckt. Sozialhilfe ist kein würdiger Ersatz für Ansprüche aus eigenen Beitragszahlungen.“

Das Gutachten beleuchtet die finanziellen Auswirkungen eines Umbaus der Pflegeversicherung hin zu einer Vollversicherung in Form einer Bürgerversicherung.

Die Mehrausgaben einer umfassenden Absicherung von Pflegebedürftigen durch eine Vollversicherung könnten demnach durch die Einführung einer Bürgerversicherung nahezu ausgeglichen werden. Kostensenkend wirkt sich dabei aus, dass privat Versicherte und weitere Einkommen einbezogen sowie die Beitragsbemessungsgrenze angehoben werden würde.

Konkret hieße das für Versicherte mit einem Einkommen bis zur derzeitigen Beitragsbemessungsgrenze monatliche Mehrkosten von weniger als 5 Euro. Dem stünde die vollständige Übernahme der pflegebedingten Kosten im Pflegefall gegenüber. Der-

zeit müssen Pflegebedürftige im ersten Jahr ihres Aufenthaltes in einem Pflegeheim durchschnittlich rund 2970 Euro pro Monat selbst aufbringen.

Davon entfallen allein auf die pflegerische Versorgung rund 1490 Euro, der Rest setzt sich zusammen aus Kosten für Unterkunft und Verpflegung sowie Investitionskosten.

Mehr als ein Drittel aller Pflegebedürftigen in Heimen ist auf Sozialhilfe angewiesen, Tendenz steigend. Pflegebedürftige sind besonders stark von Armut bedroht, denn sie können mit ihren durchschnittlichen Altersinkünften diese finanzielle Belastung nicht schultern.

In Auftrag gegeben wurde das Gutachten vom Bündnis für eine solidarische Pflegevollversicherung.

Dem Bündnis gehören an:

Der Paritätischer Gesamtverband, die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK), der Sozialverband Deutschland (SoVD), der Bundesverband der kommunalen Senioren- und Behinderteneinrichtungen (BKSB), der Deutsche Frauenrat, der BIVA-Pflegeschatzbund, der Arbeiter-Samariter-Bund, die Volkssolidarität, die Arbeiterwohlfahrt AWO und die IG Metall.

Vor dem Hintergrund der enormen und weiter steigenden finanziellen Belastungen Pflegebedürftiger setzt sich das Bündnis für eine Reform der Pflegeversicherung ein.

Das Gutachten sowie weitere Informationen zu den Forderungen des Bündnisses sind hier abrufbar:

<https://www.der-paritaetische.de/presse-kampagnen/pflege-aber-sicher/>



Ehrenamt braucht starke Rahmenbedingungen

Bundeskabinett beschließt Engagementstrategie und vierten Engagementbericht

Zum Internationalen Tags des Ehrenamts hat das Bundeskabinett zwei zentrale Vorhaben zur Förderung des freiwilligen Engagements beschlossen: die ressortübergreifende Engagementstrategie des Bundes und den vierten Engagementbericht zum Thema „Zugangschancen zum freiwilligen Engagement“. Damit setzt die Bundesregierung wichtige Impulse für eine zukunftsfähige Engagementpolitik und stärkt das freiwillige Engagement. Der vierte Bericht beleuchtet die Möglichkeiten für freiwilliges Engagement in Deutschland. Er beleuchtet, wie soziale Unterschiede die Beteiligungsmöglichkeiten beeinflussen und zeigt, wie Staat und Zivilgesellschaft Barrieren abbauen können. Der Bericht untersucht unter anderem, warum bestimmte Gruppen, wie Menschen mit niedrigem Einkommen oder mit Migrationshintergrund es schwerer haben, sich freiwillig zu engagieren. Der

vierte Engagementbericht identifiziert Barrieren wie finanzielle Hürden, Zeitmangel und Diskriminierung. Ein Fokus liegt auf der Bedeutung von Partizipationserfahrungen in der Kindheit und Jugend für das spätere Engagement. Der Bericht empfiehlt unter anderem, die rechtlichen Rahmenbedingungen zu verbessern, um den Zugang zum Engagement zu erleichtern. Außerdem soll Bürokratie abgebaut und neue, inklusive Organisationen gefördert werden.

Mit der ebenfalls vom Kabinett beschlossenen Engagementstrategie stärkt die Bundesregierung freiwilliges Engagement und verbessert die Rahmenbedingungen für die Akteure. Sie wurde im Rahmen eines breiten Beteiligungsprozesses entwickelt, bei dem mehr als 10.000 Menschen ihre Ideen und Wünsche einbrachten. Die Strategie verfolgt fünf zentrale Ziele, darunter die Förderung von Vielfalt und die

Stärkung des Engagements in Krisenzeiten. Ein besonderes Anliegen ist es zudem, den Zugang zum Engagement für alle Menschen zu erleichtern – unabhängig von Alter, Herkunft oder sozialem Status. Auch die digitale Transformation des Engagements wird vorangetrieben. Alle zwei Jahre wird die Strategie überprüft und weiterentwickelt, um sicherzustellen, dass sie die Bedürfnisse der Zivilgesellschaft widerspiegelt.

Mit der Engagementstrategie und dem vierten Engagementbericht verfolgt die Bundesregierung das Ziel, mehr Menschen für freiwilliges Engagement zu gewinnen und so den gesellschaftlichen Zusammenhalt weiter zu stärken. Beide Vorhaben sind ein wichtiger Schritt, um freiwilliges und ehrenamtliches Engagement in einer zunehmend digitalen und vielfältigen Gesellschaft zukunftssicher zu machen. ■

Neue Ausgabe des ZQP-Magazin *diskurs*

Schwerpunkt 2025 Thema „Pflegesicherheit“

Das Zentrum für Qualität in der Pflege (ZQP) hat eine neue Ausgabe seines jährlich erscheinenden Magazins ZQP *diskurs* veröffentlicht. Unter dem inhaltlichen Schwerpunkt „Pflegesicherheit“ erläutern die Autoren und Autorinnen der Stiftung in einem Übersichtsartikel insbesondere, warum diese Sicherheitsperspektive in der Langzeitpflege so relevant ist, was mit dem Begriff genau gemeint ist und was ihn mit Patientensicherheit verbindet. Zur Verbesserung der Pflegesicherheit in Deutschland fällt in diesem Frühjahr der Startschuss für das kostenfreie Pflege-CIRS des ZQP. Eine wichtige Grundlage von Pflegesicherheit ist Sicherheitskultur. Um ambulante Pflegedienste bei der

Stärkung einer solchen Kultur zu unterstützen, führt das ZQP derzeit das bundesweite Projekt PriO-a mit ambulanten Pflegediensten durch. Der Magazin-Beitrag hierzu beschreibt, welche Maßnahmen zur Stärkung der Sicherheitskultur in den Diensten getroffen wurden und stellt die unterschiedlichen Herausforderungen dar, die die teilnehmenden Pflegedienste dabei zu bewältigen hatten. Zudem wird berichtet, welche Materialien und Instrumente das ZQP im Rahmen des Projekts entwickelt, damit zukünftig auch weitere Pflegeorganisationen von dem Projekt profitieren können.

Mit Prävention und Sicherheit inhaltlich eng verbunden ist das Phäno-

men Gewalt in der Pflege. Ein einführender Beitrag erklärt, was unter finanzieller Ausbeutung pflegebedürftiger Menschen verstanden werden kann und wie bedeutsam diese Gewaltform ist. Im Interview erklärt der Vorstandsvorsitzende des ZQP, PD Dr. Ralf Suhr, unter anderem, warum die zukünftige Bundesregierung das Thema Gewalt in der Pflege in ihrem Koalitionsvertrag nicht vergessen sollte. Zudem wird ein ebenfalls bedeutsames Präventionsthema in den Blick genommen: Einsamkeit von älteren pflegebedürftigen Menschen und die damit verbundenen Risiken. Die Autorinnen bieten dabei nicht zuletzt

Fortsetzung auf Seite 30

Fortsetzung von Seite 29

einen verständlichen Impuls, sich den Potenzialen von Vorbeugung intensiver zu widmen.

Ein weiterer Abschnitt im Heft beschäftigt sich mit der Frage, wie man den Pflegeberuf stärken und weiterentwickeln kann. Dazu erläutert Bernadette Klapper, Geschäftsführerin des DBfK und Mitglied im Kuratori-

um des ZQP, im Interview, was aus ihrer Sicht jetzt getan werden sollte, um den Pflegeberuf attraktiver zu machen. Darüber hinaus vermittelt eine Reportage zum Thema Simulationsbasiertes Lernen (SBL) Einblicke, welche Chancen bei der Pflegeausbildung sowie in der Fort- und Weiterbildung Pflegenden in dieser Art des Lernens liegen. Lesen Sie dazu auch, welche Arbeits- und Schu-

lungsmaterialien das ZQP für die professionelle Pflege zur Verfügung stellt und warum diese ein wichtiger Bestandteil des Theorie-Praxis-Transfers sein können.

Das 40-seitige Magazin kann ab sofort über die Webseite der gemeinnützigen Stiftung auf www.zqp.de/produkt/diskurs-2025 kostenlos angefordert oder als PDF-Datei heruntergeladen werden. ■

30 Jahre Pflegeversicherung – VdK sieht Reformbedarf

Finanzierung der Pflegeversicherung muss endlich solidarisch werden

Die Einführung der Pflegeversicherung vor 30 Jahren ist ein Meilenstein in der deutschen Sozialpolitik. Um in einer alternden Gesellschaft pflegebedürftige Menschen versorgen zu können, sprach sich der damalige Arbeits- und Sozialminister Norbert Blüm (CDU) für eine fünfte Säule im System der Sozialversicherungen aus. Am Ende des Gesetzgebungsprozesses konnte man sich aber nur auf eine Minimallösung einigen: Die Pflegeversicherung sollte über ihr Umlagesystem eine pflegerische Grundversorgung abdecken. Um die Kosten auf Arbeitgeberseite auszugleichen, wurde der Buß- und Betttag als bundesweit geltender Feiertag geopfert. Ein Grundpfeiler der Pflegeversicherung ist seither der Vorrang der häuslichen vor der stationären Pflege.

Angehörige sollten und sollen dafür sorgen, dass Pflegebedürftige möglichst lange zu Hause bleiben können. Doch trotz dieser Priorisierung zeigt sich bis heute: Prävention, ambulante Pflege und der bedarfsorientierte Ausbau von Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflege standen nie im Fokus. Vergessen wurde zudem eine Dynamisierung der Pflegeleistungen. Jede Anpassung muss vom Bundestag beschlossen werden.

„In den 30 Jahren Pflegeversicherung gab es viele Reformen, geblieben ist die chronische Unterfinanzierung“, sagt VdK-Präsidentin Verena Bentele. „Notfallpläne und kurzfristige Maßnahmen werden die vielen Löcher in der Pflegeversicherung nicht mehr stopfen können. Immer weitere kurzfristige Beitragssteigerungen führen

zu massiver Verunsicherung bei Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen. Der Sozialstaat braucht stabile Einnahmen und die Solidarität aller.“ Der VdK fordert daher die Reformierung der Finanzierung der Pflegeversicherung. „Es braucht eine breitere Beitragszahlerbasis: Es müssen endlich alle in die gesetzliche Versicherung einbezogen werden, auch Selbstständige, Beamtinnen und Beamte sowie Politikerinnen und Politiker. Es braucht zudem Ausgleichsmechanismen zwischen den Sozialversicherungen und den privaten Versicherungen und eine Anhebung der Beitragsbemessungs- und Pflichtversicherungsgrenze. Versicherungsfremde Leistungen, wie etwa Kosten der Corona-Pandemie, müssen durch Steueraufkommen getragen werden“, sagt Bentele. ■

9. Altersbericht der Bundesregierung vorgestellt

Ältere Menschen in Deutschland so unterschiedlich wie nie

Ältere Menschen in Deutschland leben so vielfältig wie nie zuvor, sie bringen sich ein und sind aktiv bis ins hohe Alter.

Allerdings müssen ältere Menschen mehr Hürden überwinden, um am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können, das zeigt der 9. Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bun-

desrepublik Deutschland, den Bundesinnenministerin Lisa Paus im Kabinett und im Anschluss gemeinsam mit der Vorsitzenden der Sachverständigenkommission Prof. Dr. Martina Brandt der Öffentlichkeit im Januar vorstellte.

Die Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisa-

tionen, Dr. Regina Görner, kommentierte die Erkenntnisse aus Sicht der Zivilgesellschaft.

„Der Altersbericht zeigt eindrucksvoll, wie vielfältig die Lebensrealitäten älterer Menschen in Deutschland sind. Diese Vielfalt gilt es nicht nur anzuerkennen sondern aktiv zu fördern.“

Alle älteren Menschen müssen die gleichen Chancen auf Teilhabe haben, unabhängig von Geschlecht, Herkunft oder sozialer Lage.

Besonders benachteiligt sind nach wie vor viele Frauen, insbesondere solche mit Migrationshintergrund. Als Bundes seniorenministerium stärken wir den sozialen Zusammenhalt unter anderem mit der Strategie gegen Einsamkeit.

Mit der Engagementstrategie geben wir einen verlässlichen Rahmen für die Menschen, die sich in ihrer freien Zeit für andere engagieren, das sind gerade die Älteren.

Der Digitalpakt Alter ermöglicht es Seniorinnen und Senioren, an der digitalen Gesellschaft teilzuhaben.

Alt werden in Deutschland sollte bedeuten, das Leben so lange wie möglich nach den eigenen Vorstellungen gestalten zu können.

Deshalb ist wichtig, dass wir das Erreichte in den kommenden Jahren weiter ausbauen“ so Bundes seniorenministerin Lisa Paus. Prof. Dr. Martina Brandt (TU Dortmund), Vorsitzende der Berichtskommission unterstreicht: „Das Älterwerden der Gesellschaft birgt viele Chancen, wir müssen jedoch die Vielfalt des Alters wertschätzen, Diskriminierung bekämpfen und Ungleichheiten abbauen.

Um in Zeiten von Herausforderungen und Krisen die selbstbestimmte gleichberechtigte Teilhabe aller älteren Menschen sicherzustellen und zu verbessern, müssen wir gemeinsam eine integrierte Politik für ein gutes Leben im Alter entwickeln.“

Der Altersbericht nimmt auch die Erfahrungen Älterer mit Ausgrenzung und Diskriminierung in den Blick. Bei älteren Menschen können z. B. Lebenssituationen mit stark eingeschränkter Teilhabe entstehen, wenn sie in Armut und in prekären Wohnverhältnissen leben, physisch und/oder psychisch krank sind oder Gewalt erfahren. Auch in Lebenssituationen, bei denen Pflegebedürftig-

keit, soziale Isolation und Einsamkeit zusammentreffen, können die Teilhabechancen eingeschränkt sein. Besonders Ältere aus den Gruppen Migranten, LSBTIQ* und Frauen sind benachteiligt.

Ein weiterer Berichtspunkt ist Altersdiskriminierung.

Der sogenannte Ageismus tritt dann auf, wenn Menschen aufgrund ihres Alters auf bestimmte Weise bewertet oder behandelt werden, obwohl die entsprechende Beurteilung oder Behandlung nicht gerechtfertigt ist. Ausdrucksformen hiervon sind gefühlsmäßige Bewertungen älterer Menschen.

Ein Beispiel für Ageismus ist, wenn angenommen wird, dass ältere Menschen nicht gut hören, nicht schnell begreifen und deshalb in Interaktionen mit ihnen ähnlich wie mit Kleinkindern gesprochen wird: laut und langsam und in sehr einfachen Sätzen („Secondary Baby Talk“).

In 31 Empfehlungen richtet sich die Sachverständigenkommission an Politik und Zivilgesellschaft. Sie regt u. a. an, die materielle Lage im Alter besser zu sichern, eine diversitätssensible Gesundheitsversorgung vorzuhalten und Diskriminierung wegen Alters entgegenzuwirken.

Hintergrund

Seit 1993 wird je Legislaturperiode ein Bericht zu einem seniorenpolitischen Schwerpunktthema erarbeitet. Der jetzt vorgelegte 9. Altersbericht hat als Schwerpunkt die Vielfalt der Lebenssituationen und die Teilhagemöglichkeiten von älteren Menschen in Deutschland zum Inhalt.

Der Bericht beleuchtet die Lebensbereiche materielle Sicherheit, Erwerbsarbeit, Sorgearbeit, Gesundheit, Wohnen, Engagement, politische Beteiligung und soziale Beziehungen.

Weitere Informationen

auf der Seite

www.neunter-altersbericht.de ■

Alter

*Auch ein ernstes gottesfürchtig
Leben nicht vor Alter schützt.*

*Mit Entrüstung seh ich,
wie schon
graues Haar im Pelz mir sitzt.*

*Ja die Zeit tilgt unbarmherzig,
was der Einz'le keck geschaffen.
Gegen diesen scharfgezahnten
Feind gebracht es uns an Waffen.*

*Und wir fallen ihm zum Opfer,
unbewundert und vergessen.
O ich möchte wütend an der
Turmuhr beide Zeiger fressen.*

*Joseph Victor von Scheffel
(1826–1886)
dt. Schriftsteller und Dichter*

IMPRESSUM

Herausgeber und

Redaktionsanschrift:

Landesseniorenbeirat
Mecklenburg-Vorpommern e.V.,
Haus der Begegnung Schwerin,
Perleberger Straße 22, 19063 Schwerin,
Tel.: (0385) 5 55 79 70
Fax: (0385) 5 55 89 61
E-Mail: lsb@landesseniorenbeirat-mv.de
www.landesseniorenbeirat-mv.de

Vorsitzender:

Joachim Kießling (V.i.S.d.P.)

Redaktion: Ilona Langer

Gefördert vom Ministerium für
Soziales, Gesundheit und Sport
Mecklenburg-Vorpommern

Gestaltung: Produktionsbüro Tinus

Veröffentlichte Meinungen müssen
nicht mit der Meinung der Redaktion
übereinstimmen.

Nachdruck mit Quellenangabe ge-
stattet. Belegexemplar erwünscht.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:
15. Februar 2025;
Redaktionsschluss für Nr. 2/2025:
15. Mai 2025



**Informieren Sie sich.
Wir beraten Sie gern.**

Vollstationäre Pflege
Kurzzeitpflege
Verhinderungspflege
Urlaubspflege
Betreutes Wohnen
Mietwohnen

Der **Wohnpark Zippendorf** ist eine
Seniorenwohnanlage direkt am Schweriner Innensee.

Auf dem weitläufigen Gelände vereinen sich stationäre
Pflegeeinrichtung, Betreutes Wohnen und Mietwohnen.

Ruhig ist es hier und das zu jeder Jahreszeit.

Der Straßenlärm ist fern und die Strandpromenade ist in 5 Minuten zu erreichen.

Es bieten sich reichlich Kontaktmöglichkeiten beim Einkaufen im „Park-Shop“, bei einem
Besuch im „Park-Café“, bei Spaziergängen oder an schönen Tagen beim Verweilen auf
den Parkbänken in der Grünanlage oder auf den Terrassen.

Freundliches Fachpersonal vermittelt ein Gefühl von Geborgenheit und gewährleistet
qualifizierte Pflegeleistungen in allen Pflegestufen.

Wir wollen dem Menschen dort begegnen, wo er steht und ihn ein Stück seines Lebens
begleiten.



Wohnpark Zippendorf, Alte Dorfstraße 45 , 19063 Schwerin

Einrichtungsleiter: Sven Kastell, Tel.: 0385 / 20 10 10 0

www.wohnpark-zippendorf.de